Nr. 304 20. Oktober 1994

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

sonst nicks

ORDNER:
a-laden und die wahl

Das sind Wasserleichen, die zählen wir nicht...

Flüchtlingsdrama an der Neiße / Mindestens 14 Tote am Ostufer / Innenministerium schweigt

Von RENÉ HEILIG und IVO BOZIC

Nach ersten Gerüchten über ein Flüchtlingsdrama, das sich Ende August an der Neiße abgespielt hat, liegen nun Fakten vor. Nach Angaben der Berliner Antirassistischen Initiative (ARI) versuchten am 28. August 22 Menschen, darunter zwölf tamilische Flüchtlinge aus Sri Lanka sowie zwei Frauen, die Neiße zu überqueren. „Wir sind am 27. oder 28. August mit dem Zug von Warschau gekommen. Dann ist ein LKW gekommen und hat uns alle eingeladen. Wir sind dann in einem Wald ausgestiegen... Da war dann das Wasser. Uns wurde gesagt, wir sollen uns an den Händen halten und in einer Kette hintereinander gehen."

Grausiger Fund am Kraftwerksgitter

Doch die „Kette" riß. Menschen wurden von der Strömung mitgerissen. Sie schrien in Todesangst. In diesem Moment kam Licht von den polnischen Grenzern. „Auch der deutsche Grenzschutz war vor Ort „und hat mit Leuchtraketen geschossen", berichtete ein Überlebender, der mit „vier Pakistanis und vier Tamilen" das Ufer erreichte.

Am 1. September wurden Arbeiter des polnischen Elektrizitätswerkes in Zasieki beauftragt, Durchlaßsiebe zu reinigen. Sie machten einen grausigen Fund. Bis zum 6. September wurden nach Angaben des polnischen Kriminalkommissars Lubsko insgesamt sechs Leichen angeschwemmt. Seine Nachfragen beim polnischen Grenzschutz ergaben, daß man dort nichts von einem illegalen Grenzübertritt im fraglichen Zeitraum wußte. Der Bundesgrenzschutz indessen hatte Leute festgenommen und sie - entsprechend der Drittstaatenregelung - nach Polen zurückgeschoben. Ob sie allerdings mit den Toten in Verbindung gestanden hatten, kann Lubsko nicht beantworten. Wie viele Menschen Opfer wurden, wisse also niemand. Zudem sei die Identifizierung in solchen Fällen schwer, weil die illegalen Grenzgänger oft keine Papiere bei sich tragen. So schloß man wie gewohnt die Akte.

Während die Toten längst auf dem Friedhof im polnischen Zary begraben waren, machten sich in Deutschland lebende Familienangehörige noch immer Hoffnungen. Bereits am 26. August hatte einer der Flüchtlinge dem Vater per Telefon sein Kommen angekündigt. Als der Sohn ausblieb, suchte der Unterstützung bei der ARI. Die erkundigte sich beim BGS. Noch am 12. September bestritt man in der Dienststelle Forst, etwas von Ertrunkenen zu wissen.

Mißverständnis oder Lüge – was stimmt?

Was eine offenkundige Lüge – oder wie BGS-Oberrat Amler vom Grenzschutzpräsidium Ost meint – „ein Mißverständnis" ist. ND sprach mit dem Cottbuser Staatsanwalt Günter Öhme. Der hielt sich „strikt an Tatsachen" und lehnte „jeden Zusammenhang zu irgendwas ab". Die Fakten: Am deutschen Neißeufer wurden am 22. August, am 30. August und am 6. Oktober jeweils eine männliche Leiche angetrieben. „Einmal Tendenz südländischer Typ, einmal möglicherweise pakistanischer Abstammung, einmal südostasiatische Abstammung." Das Alter ist mit „um die 25 Jahre" anzugeben. Zum Todeszeitpunkt lasse sich nichts sagen, „die Leichen konnen ein paar Tage bis zu Wochen im Wasser gelegen haben". Ebenso ermögliche fließendes Gewässer „absolut keine Rückschlüsse auf den Ort des Todes".

Als Innenminister Kanther vor gut einer Woche in Frankfurt neue Patrouillenboote in Dienst stellte, offerierte man ihm eine BGS-Leistungsbilanz: In den ersten acht Monaten des Jahres 1994 habe man an allen deutschen Grenzen „41 359 unerlaubt eingereiste Ausländer festgestellt. Im August wurden 2 845 illegal Eingereiste aufgegriffen". Man sprach davon, daß sich „in den letzten Monaten auch Todesfälle" ereignet haben. Oberrat Amler ließ inzwischen die an ostdeutschen Grenzen geborgenen Wasserleichen addieren. Gegenüber ND erklärte er: „Es waren 14 an der Neiße und einer an der Oder." Letzterer sei ein Badeunfall gewesen.

Die Frage, wie viele Versuche illegaler Einreise an der Oder tödlich enden, konnte die zuständige Frankfurter Staatsanwaltschaft nicht beantworten. Es gebe immer wieder Fälle, bei denen die Vermutung naheliegt, daß es sich um Asylbewerber handelt. „Die Zahl 10 ist zu gering, 100 zu hoch bemessen." Man untersuche nur, ob ein Straftatbestand vorliege. „Ertrinken ist keine Straftat, also schließen wir die Akten." Die Toten im Wasser wurden auch nicht gesondert erfaßt, fallen daher in keiner Statistik auf.

Der Bundesgrenzschutz beharrt darauf, daß derartige Vorfälle, „die es so auch schon in den vergangenen Jahren gegeben hat", Sache der Länderpolizeien sei. So soll man vermutlich auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage vom 10. Februar 1993 sehen: „Es gab in den letzten zwei Jahren im Zusammenhang mit Grenzüberschreitungen an den deutschen Ostgrenzen keine Toten und Verletzten."

Der Zeigefinger in Richtung Polen

Nur ein halbes Jahr zuvor hatte man noch fünf Tote zugegeben – „zwei aus der Oder bei Frankfurt, drei aus der Neiße bei Görlitz". BGS-Beamte indessen bestätigten, Grenzschützer würden sich zunehmend ungeliebte Abschiebungsaufgaben vom Halse halten. „Wird ein Flüchtling schwimmend in der Oder entdeckt, wird in der Regel nur mit dem Zeigefinger auf das polnische Ufer gezeigt."

Das Bonner Innenministerium sah sich am Freitag - trotz mehrmaliger Bitte - nicht in der Lage, Fragen des ND zum Thema „Tod an der Ostgrenze" zu beantworten.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

INHALT:

3 eu-tagung
8 projekt ambu
9 basso tribunal
1o yorck 59
12 bad kleinen
13 wiglaf d.
14 antisemitismus und nationalsozialismus
20 antifa-demo gö
21 antifa (m) gö
22 129a in kl
23 ~~frankfurt oder~~
24 ari/zag
25 kultur
26 guatemala reihe
28 ultur
29 ltur
30 tur
31 ur
32 rückseite

HOLEN WIR DIE STERNE VOM HIMMEL



»Die Möglichkeit ist nicht geringer als die Verzweiflung«
(Horkheimer)

AUFRUF ZU DEMO UND AKTIONEN

GEGEN DIE TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES
IM DEZ. 94 IN ESSEN.

Am 9./10. Dezember tagt in Essen der Europäische Rat. Die Regierungschefs der EU feiern die EU-Erweiterung durch Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden. Weiterhin geht es um eine sogenannte »Beschäftigungsinitiative«. Damit wird der Prozeß des EU-Binnenmarktes und das Konzept von Maastricht fortgeführt. Kritisiert wird die Europäische Union (EU) aller Orten, aber die Weise und das Ziel der Kritik unterscheiden sich dabei grundsätzlich.

Während innerhalb der oppositionellen Kräfte in der BRD noch größtenteils Einigkeit darin besteht, daß sich die EU-Politik, angesichts der vielfältigen negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt hier und anderswo, ändern muß, besteht keine Einigkeit mehr in der Frage, was aus der Kritik der EU folgt. Wir sind der Meinung, daß eine Kritik der EU zugleich die Kritik der reformerischen Vorstellungen beinhalten muß, die davon ausgehen, eine andere EU, befreit von ihren schlechten Seiten sei möglich.

Die EU als kapitalistisches Projekt

Im Weißbuch der Kommision zum EU-Binnenmarkt sind die Ziele der Integration aufgeführt. Es erstaunt nicht, daß dieses Weißbuch auf Überlegungen der Koordinierung der europäischen Industrie zurückgeht. Dabei geht es angeblich darum, Wachstum zu gewährleisten, wodurch neue Erwerbsarbeitsplätze geschaffen werden. Die Einspareffekte, die eine Angleichung und Integration mit sich bringt, kommen schließlich allen zugute. Außerdem werden wir auch als Verbraucher von der Verbesserung des Angebots profitieren. Die Gleichung »Mehr Wachstum = mehr Wohlstand für alle (!)« stimmte noch nie, weder beim Armutsgefälle im Inneren noch im Verhältnis zur »Dritten Welt«.

Tatsächlich vollzieht sich der vermeintlich allgemeine Nutzen in einer Welle von Zusammenschlüssen bei Industrie und Banken. Entsprechend wächst heute die Macht der großen Unternehmen weiter.

Gedroht wird mit Abwanderung, um die Senkung der sozialgesetzlichen Standards durchzusetzen. Bezugspunkt ist das Ziel der Konkurrenzfähigkeit. Der wirkliche Gegenstand des EU-Binnenmarktes ist ein weiterer Wachstumsschub, sei es außen als Erschließen und Aufbrechen neuer Märkte, sei es nach Innen als Durchkapitalisierung weiterer Lebensbereiche.

Hinter dem Begriff »Wachstum« verbirgt sich der fortlaufende Versuch der herrschenden Klasse, ihr Kapital gewinnbringend einzusetzen. Dazu gehört die möglichst effiziente Ausbeutung von Arbeitskräften ebenso, wie die Verwandlung menschlicher Bedürfnisse und gesellschaftlicher Beziehungen in Warenform. Unser Bedürfnis nach Kommunikation wird so z.B. zu einem Markt für Privatsender, Telekommunikationsunternehmen und die Computerindustrie.

Das Abfahren auf Konsum ist Ausdruck der Entfremdung, die diese Warengesellschaft produziert. Konsumieren können ohnehin nur die, die sich dem kapitalistischen Kommando unterwerfen und das notwendige Geld ranschaffen. Die Sicherung unserer Existenz ist unmittelbar mit dem Arbeitszwang verknüpft. Dieses Gewaltverhältnis soll neu, das heißt für die herrschende Klasse effizienter, organisiert werden.

Der Rationalisierungsangriff auf die Gesellschaft als teilweise Auflösung und Neuzusammensetzung der Bedingungen von Verwertung vollzieht sich europaweit. Die EU hat dabei die Aufgabe, den Umbauprozeß von außen zu beschleunigen, indem sie wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändert. Der EU-Binnenmarkt ist ein Baustein darin. Das Gerede der Politiker von einer »europäischen Identität« soll uns glauben machen, daß wir auch noch stolz darauf sein können, unter dem Dach eines überlegenen »leistungsfähigen europäischen Hauses« anzuschaffen.

Der Angriff auf soziale Standards und erkämpfte Rechte funktioniert nicht reibungslos. Die militanten Demonstrationen von Jugendlichen in Frankreich gegen das Billiglohngesetz oder der ebenso erfolgreiche Streik

bei Air-France gegen die Vorbereitungen der Privatisierung, zeigen, daß die Durchsetzung eines neuen Leistungszwangs auch an ihre Grenzen stoßen kann.

Die Reformer (Bündnis 90/Die Grünen/SPD) wollen ansetzen, die Nebenwirkungen des Wachstums zu bremsen, indem sie Institutionen wie die Fusionskontrolle oder die Sozialcharta in das EU-Gefüge einbauen. Wir sind der Meinung, das Problem ist das kapitalistische Projekt der Europäischen Formierung selbst. Dieses kapitalistische Projekt muß angegriffen werden. Auch die Reformvorschläge bleiben dem Modell EU verhaftet. Denn der »soziale Dialog« auf EU-Ebene besteht in der Konzeption der EU-Kommission, den Europäischen Gewerkschaftsbund und die Transnationalen Konzerne unter ihrer Vermittlung zusammenzubringen. Sie alle wollen möglichen Protest einbinden: Die Betroffenen selbst tauchen in diesem Modell nicht mehr auf. Der soziale Protest wird nur noch symbolisch durch die Bürokratie der Europäischen Gewerkschaften vertreten. Diese verkaufen dann ihre Verhandlungsergebnisse aus dem »Sozialen Dialog« nach unten.

Problemlösung im Sinne der Herrschenden

Der vorgebliche Anspruch der EU ist, Probleme zu lösen, die im nationalstaatlichen Rahmen nicht zu bewältigen sind oder die Kooperation mehrer Staaten erfordern. Zu diesen Problemen zählt der Umweltschutz. Die EU betont, die Umweltprobleme seien transnational und eine Lösung der Verpestung von Luft, Wasser, und Boden müsse europäisch sein. Desweiteren würden die technologischen Herausforderungen des Hochtechnologie-Zeitalters die Zusammenarbeit mehrerer erfordern, da einer allein von den hohen Kosten für die Forschung und dem schnellen Wechsel von Technikgenerationen überfordert sei.

Es sind ganz bestimmte transnationale »Probleme«, die wirklich angegangen werden. Im Bereich der Technologie sind es die militärisch relevante Weltraumtechnik, die Gentechnologie und die wachstumsrelevante Hochtechnologie (z.B. Computertechnologie). Es ist die Außenpolitik, die Westeuropa als Macht in der Weltpolitik auftreten lassen soll: als Block im Welthandel und als Militärmacht im Wartestand. In Maastricht wurde mit der Westeuropäischen Union (WEU) der militärische Arm der EU eingerichtet. Es ist die transnationale Abschottung gegen all die, auf deren Kosten das »Wachstumsmodell EU« funktioniert: die Abschottung vor den Flüchtlingen und eine internationale Abschiebepolitik nach dem Modell des Schengener-Abkommens. Das transnationale »Problem« der Flüchtlinge wird gelöst, indem es klare Kriterien gibt, wer erwünscht ist: fast ausschließlich die, die zum Wachstum beitragen. Es geht darum, »Flüchtlingsströme« zu kanalisieren, und nicht darum, zu fragen, warum Menschen überhaupt fliehen müssen.

Der schöne Schein der bürgerlichen Demokratie

Während »Demokratie« gegenüber allen anderen Staaten offensiv eingefordert wird, ist der EU-Prozeß ein Prozeß der Entdemokratisierung.

Im Zentrum der autoritären Struktur des Herrschaftsprojekts EU stehen der Ministerrat und die Europäische Kommission. Es fehlen im bürokratischen Apparat der Institution EU selbst die minimalen Regularien bürgerlicher Scheindemokratie. Dem Europäischen Parlament fehlen sowohl hinreichende Kontroll- als auch Gesetzgebungsbefugnisse gegenüber dem EU-Ministerrat. Die einzelstaatlichen Regierungen (=Exekutive in der BRD) machen auf EU-Ebene als Ministerrat die Gesetze (=Legislative), die sie dann selbst wieder ausführen.

Dies ist weder ein aufzuhebendes Defizit oder eine bisher blockierte Entwicklung, sondern politisch bewußt herbeigeführt und gewollt. Die herrschende Klasse der Länder des europäischen Kerns ist an der ungestörten Durchsetzung ihrer Vorstellungen interessiert und dabei gibt es keinen Platz für Mitsprache und Beteiligung. Eine Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu einem späteren Zeitpunkt ist hierzu kein Widerspruch.

Nach Etablierung der Europäischen Formierung kommt dem Parlament die Aufgabe zu, die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu legitimieren. Das ist die Realität im Europa des Kapitals und der Konzerne.



r. 214 · S/R/D

ASYLSUCHE UND

estopp für Kurden in die Türkei „

seldorfer Petitionsausschusses recherchierten vor Ort/Bericht über Folt

inhard Voss

Alltag auf dem Berliner Flughafen Schönefeld: Rumänen — meist Roma und Sinti — werden nach Bukarest abgeschoben. (Bild: Christian Jungebloth, Third Eye)

sylbewerbern droht in Indien Folter und

Für die »Dritte Welt« geht es darum, EINE GESCHICHTE DES MENSCHEN ZU BEGINNEN, (...) die den Verbrechen Europas Rechnung trägt, von denen das verabscheuungswürdigste gewesen sein wird: beim Menschen die pathologische Zerstückelung seiner Funktionen und die Zerstörung seiner Einheit; beim Kollektiv der Bruch, die Spaltungen; und schließlich auf der unermeßlichen Ebene der Menschheit der Rassenhaß, die Versklavung, die Ausbeutung und vor allem der unblutige Völkermord, nämlich das Beiseiteschieben von anderthalb Milliarden Menschen.

FRANTZ FANON

Die EU und der deutsche Imperialismus

Teile der Linken behaupten, die EU bremse den deutschen Imperialismus, der ansonsten entfesselt eine noch verheerendere Politik mit sich bringe.

Die Geschichte der EU zeigt aber, daß das Gegenteil der Fall ist. Die EU diente dem Wiederaufbau der Exportwirtschaft (d.h. der Aufrüstung der weltwirtschaftlichen Großmacht BRD). Die EU war ein gemeinsames Bündnis gegen die Sowjetunion und wahrte so die Wiedervereinigungs-Option der BRD aus einer Position der Stärke. Die Eingliederung in die EG diente der BRD dazu, die tatsächliche (politische, militärische und wirtschaftliche) Souveränität wiederzuerlangen. Sie war das Vehikel der Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus.

Die EU kann den deutschen Imperialismus gar nicht bremsen, weil sie dessen Eigenschaften teilt: die Ausbeutung der abhängigen Gebiete und den Ausschluß des »Fremden«. Innerhalb der EU handelt die BRD mit den anderen, wird stärker und nicht gebremst.

Die EU in der Tradition des europäischen Kolonialismus

Die EU rühmt sich, zu einer Reihe von Staaten der Dritten Welt besonders positive Beziehungen zu unterhalten. Zunächst fällt daran auf, daß es sich entweder um noch bestehende oder ehemalige Kolonien handelt. Der für diese Länder überlebensnotwendige Handel mit der EU wird aber selbst bei diesen »präferierten Staaten« weiter zurückgehen, denn zum einen werden neue Zollbarrieren errichtet und zum anderen sinken die Rohstoffpreise durch den Konkurrenzwegfall in der EU und die neue Macht des Binnenmarktes. Aber weiter wird die Dritte Welt zum billigen Rohstoffexport gezwungen, während die EU sich die profitablere Veredelungsindustrie sichert. Die ökonomische Dominanz Europas gegenüber der Dritten Welt wird damit ausgebaut und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder verhindert.

Trotz aller Schönwetterreden der EU, ihre »Entwicklungshilfe« zur »Förderung von Demokratie und Menschenrechten« einzusetzen, arbeitet die EU unvermindert eng mit Diktaturen in aller Welt zusammen (von der Türkei bis Marroko, von Guatemala bis Zaire).

Die von der EU als Zukunftstechnologie vorangetriebene Entwicklung der Bio- und Gentechnologie wird die Dritte Welt weiter zum Experimentierfeld europäischer Konzerne machen und die eigenständige wirtschaftliche Entwicklung durch noch stärkere Technologieabhängigkeit unmöglich machen. Die EU-Agrarpolitik zerstört u.a. über Billigexporte die heimischen Produktionsmöglichkeiten und zwingt die Dritte Welt in Nischen agrarischer Zulieferung an die EU (z.B. Soja).

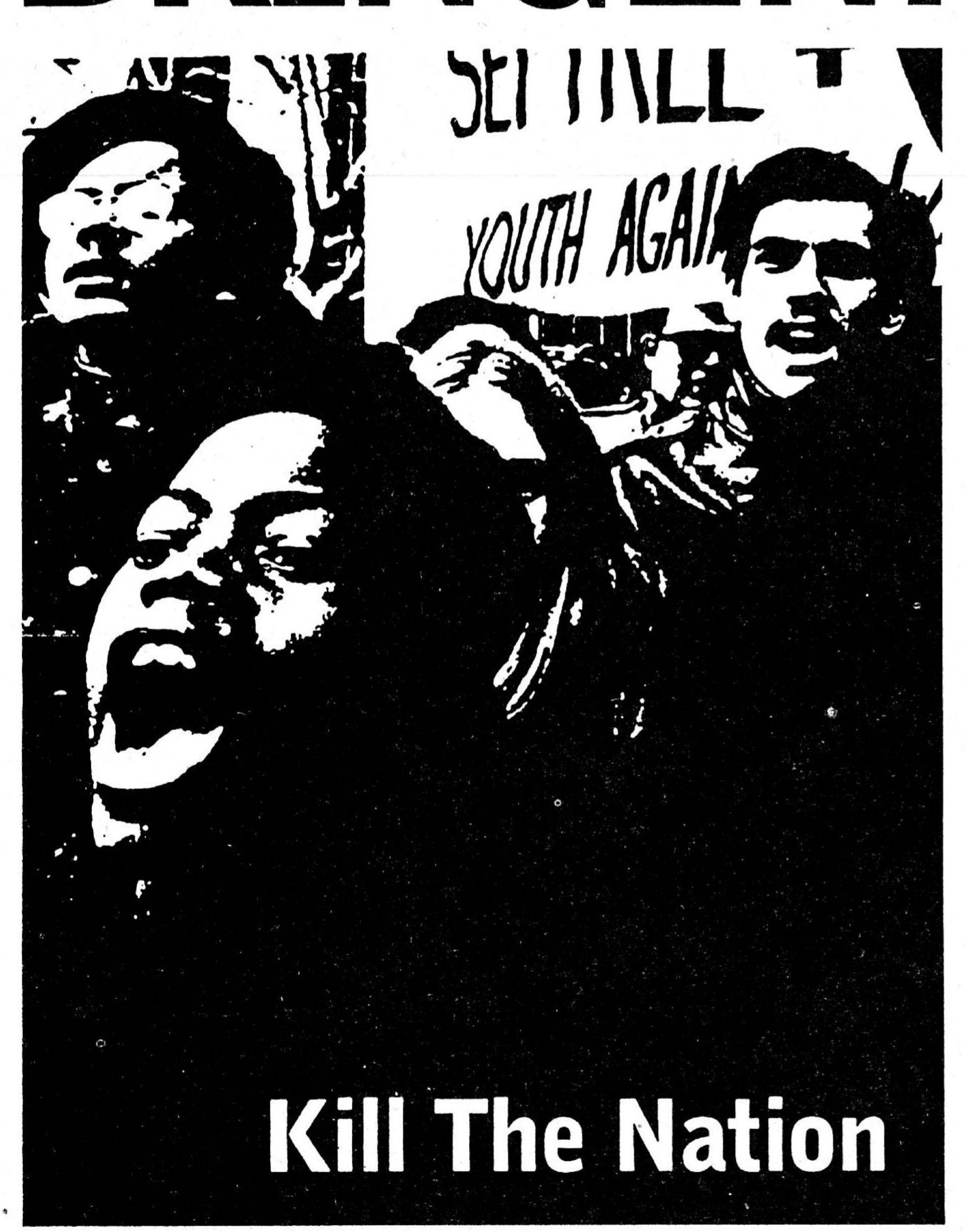
Die EU ist nicht Reformierbar

Wir sagen es nocheinmal. Es kann nicht darum gehen reformerische Forderungen an die Institutionen der EU zu richten. Entscheidend ist unser eigener Widerstand und unser Bezug auf Kämpfe die den europäischen Formierungsprozeß und seine sozialen Angriffe blockieren.

Der Blick auf die weltweiten Gewaltverhältnisse zeigt uns das wir jede Form der Konstruktion von »Nation« ablehnen müssen - gleich ob es sich bei ihr um eine institutionell begründete handelt oder um »kulturellen Nationalismus«

LASST UNS DAS EUROPÄISCHE HAUS ZUM EINSTÜRZEN BRINGEN!

BETEILIGT EUCH AN DEN AKTIONEN UND DISKUSSIONEN ZUR TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES AM 9. UND 10 DEZEMBER IN ESSEN.



Fr. 9.12.'94
Auftaktveranstaltung mit Tribunalcharakter. Anklage der EU aus internationaliatischer Perspektive.
18^{00} -21^{00} Uhr (voraussichtlich Zeche Carl)

Sa. 10.12.'94
BUNDESWEITE DEMONSTRATION
von der Essener Innenstadt in Richtung Tagungszentrum an der Gruga.
12^{00} -17^{00} Uhr

So. 11.12.'94
Gegenkongreß mit vier thematischen Foren. Abschlußdiskussion zu Perspektiven des Widerstandes in Europa.
(voraussichtlich Zeche Carl)

Achtet auf weitere Informationen und Ankündigungen, auch zu geplanten Veranstaltungen und Aktionen im Vorfeld.

Kontakt: Anti-EU-Koordination
c/o Initiativenzentrum Weberstr. 79
45879 Gelsenkirchen

Bundesweites **Vorbereitungstreffen** für Demo und Aktionen am Sa. 5. Nov. 12^{00}-19^{00} Uhr im Zentrum Druckluft in Oberhausen, Am Förderturm 27, direkt hinter dem Hbf.

VisdP: W. Konrad IZ Weberstr. 79 Gelsenkirchen

Ausgrenzung von Behinderten, Flüchtlingen, Obdachlosen, Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen...

Bonzen und Bänker gewinnen im europäischen Binnenmarkt noch mehr an Macht und Einfluß- unser Widerstand muß sich verstärken!

Computergesteuerte Datennetze für außereuropäische AsylbewerberInnen werden europaweit eingeführt, zur grenzenlosen Überwachung.

Deutschen Faschisten bieten sich im Binnenmarkt bessere Vernetzungsmöglichkeiten, als vorher schon.

Europol heißt der neue euroweite High-Tech-Überwachungsapparat.

Festung Europa heißt der rassistische Versuch der Euro-Strategen, ihr Europa gegen Flüchtlinge abzuschotten.

Gentechnik als hochsubventionierte Technologie. Europaweite Liberalisierungen und geförderte Forschungsprogramme werden vorangetrieben.

Hochtechnologien sind die neue Bedrohung der Menschheit: Gentechnik, europaweite Vernetzungen von Atomreaktoren, Hochgeschwindigkeitszüge a la Transrapid...

Imperialismus bzw. militärische und politische Interventionen gegen die ausgebeuteten Länder werden nun auch verstärkt seitens der EU unternommen werden. Greifen wir sie an...

Juristen: Deutsche Juristen - schützen die Faschisten! Freiheit für alle Antifas!

Kerneuropa heißt der reaktionäre Plan Deutschlands und Frankreich zusammen mit den 3 Benelux-Staaten die führende europäische Elite zu werden.

Lohnkostensenkungen sind angeblich notwendig, wenn die deutsch-europäischen Konzern weltweit wettbewerbsfähig bleiben wollen. Sie lügen!

Marokko wurde, wird mit Mrd-Unterstützung der EU zum außereuropäischen Grenzwall der Festung Europa ausgebaut.

Neokolonialismus: Was früher ausschließlich auf militärischem Wege erreicht wurde, nämlich andere Länder zu unterwerfen, erreicht die EU heute durch Verträge a la Lome-Pakt, die dafür verantwortlich sind, andere Länder ausbluten zu lassen.

Ostexpansion: Riesige neue Märkte und Rohstoffquellen stehen zur Ausschlachtung bereit. Die Menschen dort werden für Jahrzehnte im Namen des deutsch-europäischen Großkapitals ausgebeutet.

Politische Gefangene: Die Bedrohung für die gesamte Linke wächst. Die Haftbedingungen werden EU-weit harmonisiert, d.h. verschärft.
Irmgard und die anderen müssen raus! Bedingungslos!

Quatsch ist noch die harmloseste Formulierung für angebliche Vorteile der EU, und wenn es denn welche gäbe, wären sie zu Lasten der Menschen in der sog. "Dritten Welt"

Rohstoffausbeutung: Den Ländern der sog. "Dritten Welt" bleibt lediglich die Perspektive als Rohstofflieferant oder als Europas Müllkippe. Ändern wir dies!

Sozialleistungen werden durch europaweite Harmonisierungen immer weiter gesenkt. Immer mehr Menschen sind für das Kapital 'nicht verwertbar' und werden an den Rand gedrängt.

Türkei: Durch die europäischen Rüstungskonzerne erhält die türkische Regierung die nötige militärische Ausrüstung, um den Vernichtungskrieg gegen die Kurden zu betreiben.
Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf hier und anderswo!

Umwelt: Den Ländern der sog. "Dritten Welt" wird von den 3 weltbeherrschenden Wirtschaftsblöcken USA, Japan und der EU nur noch die Aussicht als Müllkippe der Wohlstandsnationen gelassen.

Vorherrschaft auch im geeinten Europa behalten natürlich die drei imperialistischen Metropolen Deutschland, Frankreich und Großbritanien.

Westeuropäische Union ist der militärische Arm der EU, der sich zunehmend von der NATO loslößt bzw. bereits losgelößt hat, um in zunehmender Weise eigene europäische Interessen in der Welt militärisch durchzusetzen.

X **Tag X ist der 10.Dezember 94. Kommt zur Demo! Zeigen wir Zähne! Kampf dem Rassismus!**

Yuppies: Weiß, jung, dynamisch, strebsam, intelligent... Die neue Euro-Identität. Nicht mit uns!

Zentralistische Machtstrukturen, wie die Herrschenden sie sich geschaffen haben, erleichtern Machtmißbrauch bzw. bedeuten für uns weiteren Abbau an Demokratie (so es sie denn gibt ?!)

PROJEKT IM AMBU FÜR FLÜCHTLINGE

WER SIND WIR?

Wir sind SchülerInnen und LehrerInnen der Selbstverwalteten Heilpraktikschule Berlin. Im 3.und 4.Jahr unserer Ausbildung behandeln wir, zusammen mit unsreren LehrerInnen, PatientInnen.

Als weiße Deutsche möchten wir dem immer offener und aggressiver auftretenden Rassismus mit unseren Möglichkeiten etwas entgegensetzen. Deshalb bieten wir Flüchtlingen die Möglichkeit sich bei uns kostenlos naturheilkundlich behandeln zu lassen. Die Unkosten der Behandlung werden durch Spenden gedeckt. Da wir überwiegend Frauen sind, möchten wir vorzugsweise Frauen und Kinder behandeln.

Bei der Behandlung werden je 1 LehrerIn und 2-3 SchülerInnen anwesend sein. Falls nötig und möglich werden wir außerdem eine ÜbersetzerIn stellen. Wir unterstellen uns der ärztlichen Schweigepflicht, d.h. wir garantieren daß keinerlei Informationen an irgendeine Person oder Institution weitergegeben werden.

WIE BEHANDELN WIR?

Die von uns angewandten Naturheilverfahren versuchen nicht nur die lokalen Beschwerden , z.B. Magenschmerzen , zu behandeln. Sie versuchen die Ursachen der Beschwerden, die Lebensumstände, die seelische und soziale Situation des Patienten / der Patientin in Diagnose und Therapie mit einzubeziehen. Das bedeutet auch, daß der 1. Besuch in der Regel 2 Stunden intensiven Gesprächs erfordert. Die folgenden Termine dauern zwischen 1/2 - 1 Stunde.

Die Naturheilverfahren versuchen mit natürlichen Mitteln die Selbstheilungskräfte im Menschen anzuregen und ihn als ganze Person zu unterstützen. Sie sind besonders für akute und chronische Krankheiten geeignet, wie z.B. Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Allergien, Verdauungsprobleme etc.



DIE ANGEWANDTEN HEILVERFAHREN:

PFLANZENHEILKUNDE

Die Pflanzenheilkunde nutzt den umfangreichen Schatz der heimischen und in geringem Umfang auch fremder Heilpflanzen. Diese werden verordenet als Teemischung, Tinktur, Saft, Fertigpräparate oder als Spritzen.

Eine wichtige Diagnoseform für die richtige Wahl der Heilmittel ist die Irisdiagnose, d.h. wir werden ihre Augen in die Diagnose miteinbeziehen. Darüber hinaus kann die Therapie Ernährungsberatung, Allergieberatung und Körpertherapie beinhalten.

Die Behandlungen erfolgen im Abstand von 4-6 Wochen.

HOMÖOPATHIE

Die Hömöopathie ist eine Heilmethode die darauf beruht mit kleinsten Mittelgaben die Selbstheilungskräfte im Menschen in Gang zu bringen. Sie wurde vor 200 Jahren entwickelt und findet immer mehr Verbreitung.

Bei der Therapie werden homöop. Arzneimittel in Form von Kügelchen, Tabletten oder Tropfen gegeben. Die Mittel wirken sowohl auf die Psyche des Menschen, als auch auf seinen Körper. Die Behandlungen erfolgen im Abstand von 6 Wochen.

CHINESISCHE MEDIZIN/ AKUPUNKTUR

Die Chinesische Medizin ist eine ca. 2000 Jahre alte Heilmethode.

Sie geht davon aus, daß sich die Energie auf bestimmten Körperbahnen, den sog. Meridianen bewegt. Auf diesen Meridianen befinden sich Akupunkturpunkte

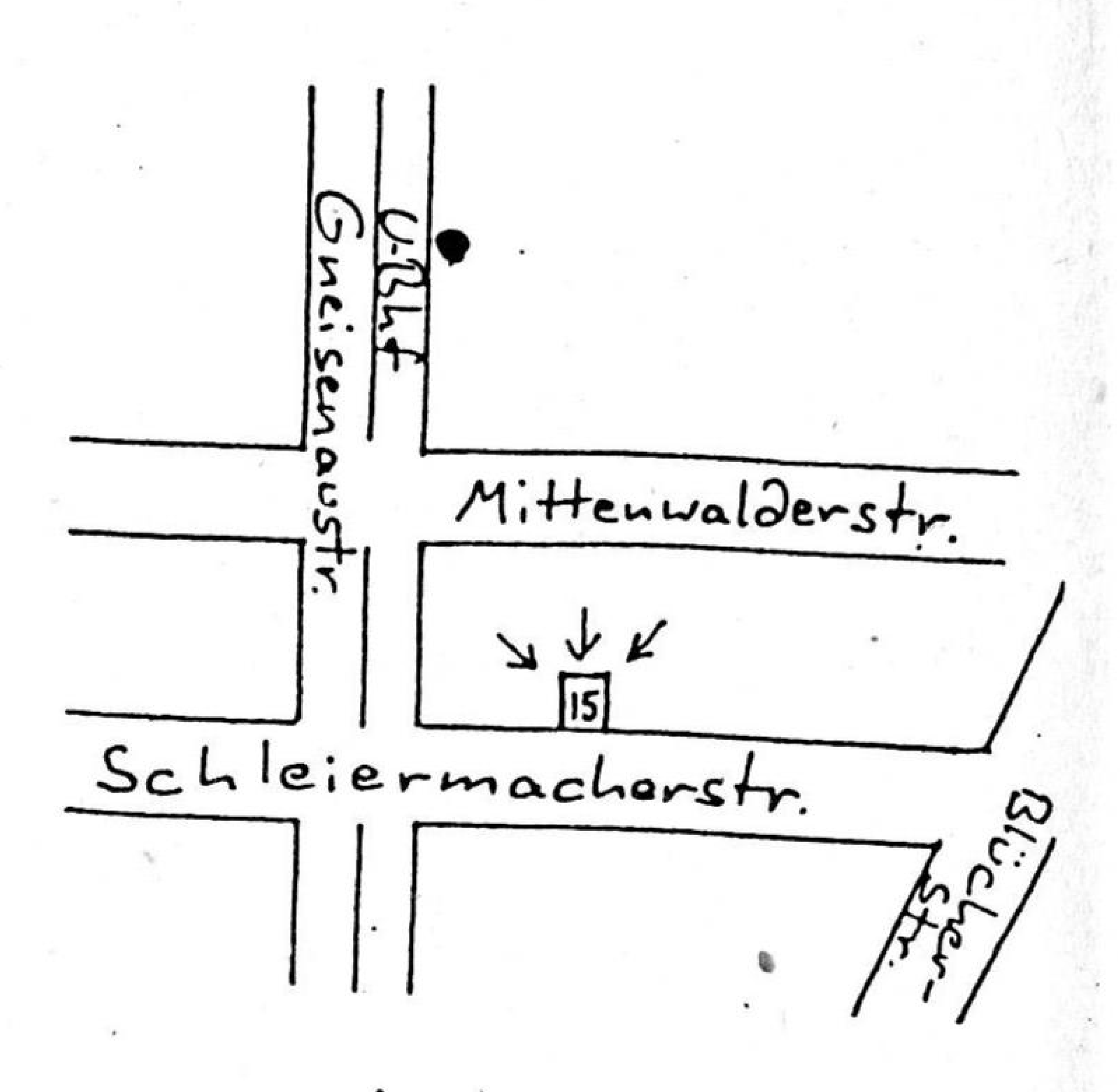
Anhand der Diagnose (Gespräch, Puls fühlen, Zunge betrachten) kann festgestellt werden, wo im Körper Ungleichgewichte oder energetische Blockaden, die sich als Beschwerden äußern, bestehen. Ziel der Akupunktur ist es, durch das Setzen von Nadeln an bestimmten Akupunkturpunkten den Energiefluß und das Gleichgewicht im Menschen wiederherzustellen.

Die Behandlung ist in der Regel 1mal pro Woche.

Für alle Behandlungen gilt, daß wir bei akuten Beschwerden oder Verschlechterungen natürlich jederzeit außerhalb der Termine für Sie erreichbar sind.

Die Behandlungstermine bitten wir telefonisch mit uns auszumachen.

Ort:
Ambulatorium der Heilpraktikschule
(Naturheilpraxis)
Schleiermacherstr.15
10961 Berlin
Tel: 691 65 69
Bürozeiten: Montag und Freitag: 13 - 16 Uhr
U - Bahn: Gneisenaustraße, Linie 7
Bus: 140, 341







Ständiges Tribunal der Völker

Das Ständige Tribunal der Völker wurde 1979 von dem italienischen Senator und undogmatischen Sozialisten Lelio Basso als Nachfolgeorganisation des Bertrand-Russel-Kriegsverbrecher-Tribunals gegründet.
Es versteht sich als quasi-juristisches Forum, das die Verletzung von Rechten der Völker untersucht und Vorschläge für die Beendigung solcher Rechtsverletzungen macht. Zu den über 60 Mitgliedern des Tribunals gehören bekannte JuristInnen, LiteratInnen, PolitikerInnen, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Erdteilen.
Das Tribunal der Völker hat sich bisher in 18 Hauptsitzungen mit massiven Verletzungen fundamentaler Menschen- und Völkerrechte (von El Salvador bis Guatemala, Ost-Timor, Philippinen, Afghanistan, Zaire, etc.) befaßt.
Die Arbeit des Tribunals konzentrierte sich in jüngerer Zeit auf Themen wie die Politik von IWF und Weltbank (1988 in Berlin), Straffreiheit in Lateinamerika für Menschenrechtsverletzungen unter Diktaturen, den Gefahren der Industrieproduktion (z.B. der Chemieunfalls von Bhopal).
Das Tribunal überreicht seine Urteile den Vereinten Nationen, Menschenrechtskommissionen und anderen nationalen und internationalen Institutionen.
Darüber hinaus werden die schriftlichen Urteile und die sonstigen Veröffentlichungen des Tribunals in breitem Umfang von Nicht-Regierungsorganisationen sowie von vielen Gruppen aus dem Bereich der Menschen- und Bürgerrechtsarbeit in verschiedenen Ländern als Hintergrundinformationen für ihre Arbeit genutzt.

Wir suchen UnterstützerInnen:
sowohl engagierte Einzelpersonen
als auch interessierte Initiativen bzw.
Organisationen

Vorbereitungstreffen:
Montags 19:30 Uhr im AStA TU

Kontaktadresse:
Basso-Tribunal, c/o AStA TU Berlin
Marchstraße 6, 10587 Berlin
Tel: 030 / 314-24437
Fax: 030 / 312 13 98

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto: Antirassistische Initiative
Kto.Nr. 303 96 05
Stichwort: Basso-Tribunal
(Spenden sind steuerlich absetzbar)

Unterstützergruppen:
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst e.V.; Antirassistische Initiative (ARI); AStA FU Berlin; AStA TFH Berlin; AStA TU Berlin; Asyl in der Kirche Berlin e.V.; Bildungs- und Aktionszentrum 3. Welt e.V. (BAZ); Berliner Aufruf; Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz; Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO); Buntstift e.V.; Coordination Asile Suisse; entraide et fraternite (Belgien); Flüchtlingsrat Berlin; GISTI (Frankreich); Initiative Schwarzer Deutscher (ISD); Internationale Liga für Menschenrechte e.V.; Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.; Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge e.V.; mouvement contre le racism, Paris (mrap); Netzwerk Selbshilfe Berlin; Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.;Publik-Forum; Zeitschrift krtischer Christen; Pro Asyl; SOS-Rassismus Berlin e.V.; SOS Rassismus Catalunya; SSM; Umoja Center; Verein iranischer Flüchtlinge e.V.; Weltfriedensdienst.

Asylrecht in Europa

Europa macht die Grenzen dicht.
In der Auseinandersetzung um die Teilhabe am (abnehmenden) wirtschaftlichen Reichtum und an sozialstaatlicher Sicherung gewinnen Nationalismus auf einzelstaatlicher Ebene und Abschottungstendenzen auf europäischer Ebene an Boden.
In allen europäischen Ländern pwird seit einigen Jahren die Flüchtlingspolitik zunehmend restriktiv gehandhabt.
In der BRD kommt die Änderung des Artikel 16 GG de facto einer Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gleich.
Da wir das Asylrecht für ein fundamentales Menschenrecht halten, sind wir der Meinung, daß der Schutz für politisch Verfolgte wieder hergestellt werden muß. Gleichzeitig muß die Frage nach den Ursachen von Migration und der gerechten Verteilung des internationalen Reichtums thematisiert werden.
Aus diesem Grund findet im Dezember 1994 in Berlin ein Tribunal zum Asylrecht in Europa statt.
Dieses Tribunal soll sich mit der Frage beschäftigen, inwieweit die Asylpolitik der EU- und der EFTA-Staaten im Widerspruch zu internationalen Übereinkünften steht, zu deren Einhaltung sie sich verpflichtet haben.
Im Mittelpunkt des Tribunals steht daher die detaillierte Analyse und Kritik der europäischen Asylpolitik. Daneben wird sich das Tribunal mit Vorschlägen für eine humane Flüchtlingspolitik befassen.
Hinter der Idee eines Tribunals zur Asylpolitik steht die Vorstellung, daß – trotz aller relativierenden Erfahrungen – über die öffentliche Kritik gesellschaftliche Diskurse und politische Prozesse beeinflußt werden können.

Geplantes Programm

8.12.1994:

I. Eröffnung, Anklage und rechtlicher Rahmen

1. Offizielle Begrüßung
2. Vorstellung der Hauptanklagepunkte
3. Allgemeiner Bericht über den aktuellen Stand des Flüchtlingsrechts

II. Länderberichte zur Beweiserhebung mit Fallbeispielen aus den vier europäischen Staaten Deutschland, Frankreich, Schweiz und Spanien

Zu den Problemfeldern, die in diesem Rahmen exemplarisch präsentiert werden, gehören unter anderem: rechtliche Verfahrensgrundsätze, Abschiebung von Asylsuchenden, Lebensbedingungen während des laufenden Verfahrens, Verhältnisse in Flughäfen und anderen Ankunftsorten, Umgang mit familiären Bindungen, Konzepte der sicheren Drittstaaten, polizeiliche Maßnahmen gegen die Flüchtlinge usw.

9.12.1994:

Fortsetzung der Länderberichte

III. Analyse der Ursachen und Rahmenbedingungen von Flucht (Teil 1)

1. Ökonomische Hintergründe von Flucht und Verfolgung (Vortrag und Befragung)

Zur Verursachung von Flucht durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die Wirtschaftspolitik der Industrieländer und der internationalen Finanzorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der Nord-Süd- und der Ost-West-Beziehungen.

2. Menschenrechtsverletzungen und Flucht (Vortrag und Befragung)

Bericht über die Situation der Menschenrechte in den Herkunftsländern von Asylsuchenden und den Zusammenhang zwischen Menschenrechtsverletzungen und Flucht.

10.12.1994:

Analyse der Ursachen und Rahmenbedingungen von Flucht (Teil 2)

3. Restriktive Asylpolitik und Demokratie (Vortrag und Befragung)

Zum Zusammenhang zwischen der restriktiven Asylpolitik und der Einschränkung der Demokratie in den europäischen Staaten.

4. Restriktive Asylpolitik und der Abbau sozialstaatlicher Maßnahmen (Vortrag und Befragung)

Zum Zusammenhang zwischen dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen bei Asylsuchenden und dem allgemeinen Sozialabbau in den europäischen Staaten.

IV. Plädoyer von Anklage und Verteidigung

11.12.1994:

V. Nichtöffentliche Ausarbeitung des Urteilsspruchs durch die Tribunal-Jury

12.12.1994:

VI. Verkündung des Urteilsspruchs der Tribunal-Jury und Pressekonferenz.



Photo: JOKER/ Rainer Steußloff
Satz + Layout: take offset-druck, Tel. 6185526

Spekulanten kommen und gehen – die Yorck 59 bleibt !

Der Wohn- und Lebensraum von unzähligen Menschen in dieser Stadt wird täglich bedroht: durch Umwandlung von Wohn- in Gewerberäume oder Eigentum, Mieterhöhungen z.B. durch Luxusmodernisierungen, sowie durch die Umstrukturierung gewachsener Kieze durch noble Hotels, Bürohochhäuser, Apartementbauten usw.
Zugunsten von Yuppies, Beamten und Dienstleistungsfirmen vertreibt der Hauptstadtwahn der HERRschenden aus Politik und Wirtschaft diejenigen aus den citynahen Kiezen, die die steigenden Mieten nicht mehr zahlen können oder nicht in ihr Bild der angepaßten, weißen und konsumorientierten Metropolenbewohnerln passen.
Ein Opfer dieser unauffälligen doch alltäglichen Vertreibungspolitik soll das Hausprojekt im Hinterhaus der Yorckstraße 59 in Kreuzberg werden. Seit einem Jahr wehren wir uns – die 60 BewohnerInnen und sonstigen NutzerInnen der 4 Fabriketagen – gegen den drohenden Rausschmiß durch untragbare Mieterhöhung.
Die Penz-Pleß-Garski-Bande hatte sich die Yorck 59 unter den Nagel gerissen. Sie wollten dort lieber profitablere Büroräume einrichten und uns durch Verdreifachung der Miete auf die Straße setzen. Doch sie mußten erst mal klein beigeben, denn seit Herbst ´93 haben wir durch Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit deren Machenschaften aufgedeckt:
Helmuth Penz und Dietrich Garski wollten nicht nur an der Yorck 59 verdienen, sondern sie tun das schon lange an Obdachlosen und Flüchtlingen, indem sie ca. 40 Heime betreiben. Ihr riesiges Firmenkonglomerat besteht zudem aus mindestens 60 Firmen: SORAT-Hotels, Gewerbeimmobilien, Wachschutz, Baufirmen, Hausverwaltungen usw.

Die Hausbesitzer-Firma "Labani" um den Skandalarchitekten Dietrich Garski und der mittlerweile stadtbekannte Spekulant Helmuth Penz

Helmuth Penz

mit seiner Hausverwaltung GWF waren dann im April diesen Jahres so abgenervt, daß Penz die Hausverwaltung für die Yorck 59 abgab und den Verkauf des Hauses ankündigte. Penz und Garski waren offensichtlich ziemlich erstaunt darüber, daßsich Betroffene gegen ihre Vertreibungspolitik zur Wehr setzten.



Wir werden nicht hinnehmen, daß wieder einmal MieterInnen zugunsten von Profitinteressen dran glauben müssen! Und noch dazu ein Hausprojekt mit kollektiven Lebensformen, Räumen für politische, kulturelle, antirassistische Aktivitäten und Gruppen wie die Afrikanische Fraueninitiative (AFI), die Antirassistische Initiative (ARI), Sportgruppen und vielem mehr. WIR werden nicht vor die Tore der Stadt ziehen und den Bonzen, Regierungsbeamten und Yuppies die Stadt überlassen! Viel zu selten gibt es Widerstand gegen die Umstrukturierung der Stadt und die langsame Verdrängung von Schlechterverdienenden aus den citynahen Bezirken. Doch daß sich gemeinsames, offensives Vorgehen gegen Miethaie und Spekulanten lohnt, zeigt der Erfolg von einzelnen MieterInnenkämpfen, der 5-jährige Kampf der besetzten Häuser Marchstr./Einsteinufer und eben auch der Widerstand gegen Penz und Garski.

Die neue Hausverwaltung der Yorck 59, **"Berlinische Liegenschaften"**, hat ihren Sitz in der Uhlandstr. 20-25. Sie wollen die Miete nicht mehr verdreifachen, wie zuvor die GWF, sondern "nur" noch verdoppeln!

Bei einem derzeitigen Mietanteil von 30-40% unseres Einkommens hieße das über 2/3 für die Miete! Völlig indiskutabel! Für wen überhaupt Miete zahlen? An **Brumm, Rott und Schneider** von der Hausverwaltung? An Dietrich Garski? Unsere Miete als ein Teil des Investments in weitere Umstrukturierungsmaßnahmen Berlins? Das werden wir zu verhindern wissen.

Garski ist immer noch dabei

Mit dem angekündigten Besitzerwechsel ist es nicht weit her. Als neuer Hausbesitzer wurde ein Arzt in Florida angekündigt. Der ist jedoch nur neuer Kapitalanleger und Geschäftsführer der alten Hausbesitzerfirma "Labani", hängt in Florida ab und hat nicht viel zu melden! Denn die Rechtsanwältin **Ingrid Theisinger-Schröder** ist Firmeneigentümerin geblieben. Die Kapitaleinlagen von Claudia Garski und Theisinger-Schröder wurden einfach weitergegeben, um die alten Interessen, nämlich die von Dietrich Garski, zu vertuschen. Ein – nicht nur in der Immobilienbranche – bekanntes Mannöver, so mit Strohleuten zu arbeiten. Da Theisinger-Schröder weiterhin das Sagen bei "Labani" hat, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie noch für Garski tätig ist; hatte er doch über seine Stroh- und Ehefrau Claudia 1,8 Mio dort eingelegt.

Mit dieser Vertuschungsaktion wollen Garski und Co. vortäuschen, sie hätten mit "Labani" nichts mehr zu tun, um sich so aus der Schußlinie unserer Aktivitäten zu retten. Doch sie haben sich glatt verrechnet.

Ingrid Theisinger-Schröder und ihr Mann Wolfgang Schröder haben ihr Rechtsanwalts- und Notariatsbüro in der Leibnizstr. 58. Dort arbeitet Wolfgang Schröder auch als Notar für mehrere Firmen, die Garski und Helmuth Penz gemeinsam betreiben. Außerdem ist bzw. war Theisinger-Schröder an weiteren Firmen im Immobilienbereich beteiligt: Aktuell ist sie z.B.

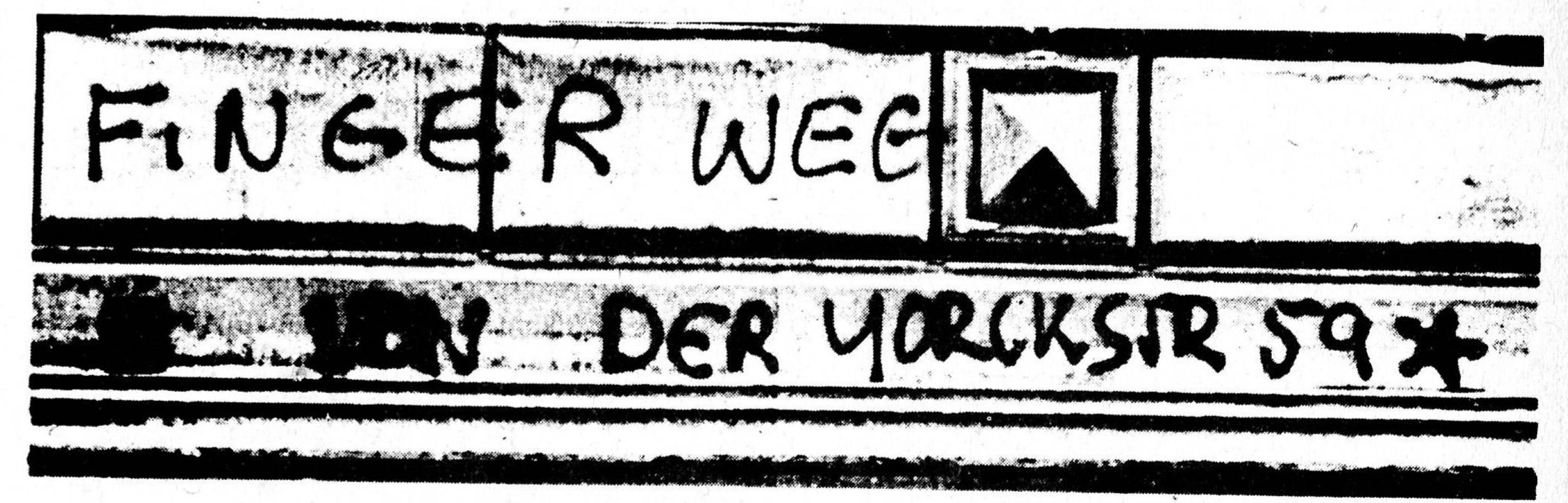
Aktionärin und im Aufsichtsrat der CMS Unternehmensberatung AG, Kapitaleinlegerin bei „Innovest", Dahlie Vermögensverwaltung GmbH und der Ersten und Zweiten Dahlie KGs, die das Prenzelberger Grundstück Ahlbecker Str. 16/17 bebauen wollen.

Sie, ihr Ehemann, ihr Ex Wolfgang Vogel u.a. stecken in diesen und weiteren Firmen immer wieder zusammen. Mit dabei ist auch **Lutz Mackebrandt** (Prinz-Handjerystr. 3), langjähriger Vertrauter Dietrich Garskis und Geschäftsführer dessen Pleitefirma „Bautechnik AG", als diese damals den Sturz des Stobbesenats auslöste.

Daß Garski trotz „Berufsverbots" weiterhin im Geschäft ist, ist allgemein bekannt – auch dem Senat. Formal hat er dafür seine Strohleute, real geht er bei den Baubehörden ein und aus!

Sie stecken alle tief im Spekulanten- und Baumafiasumpf und versuchen, am Umbau der Stadt zur Dienstleistungsmetropole, Regierungssitz und Eldorado für immer mehr Yuppies noch reicher zu werden.

Doch Garski und seine Strohleute samt deren Handlanger Karsten Brumm, Daniel Rott und Sabine Schneider von der Hausverwaltung wird das gleiche Schiksal ereilen, wie Penz mit seiner GWF – **sie werden aufgeben müssen!**

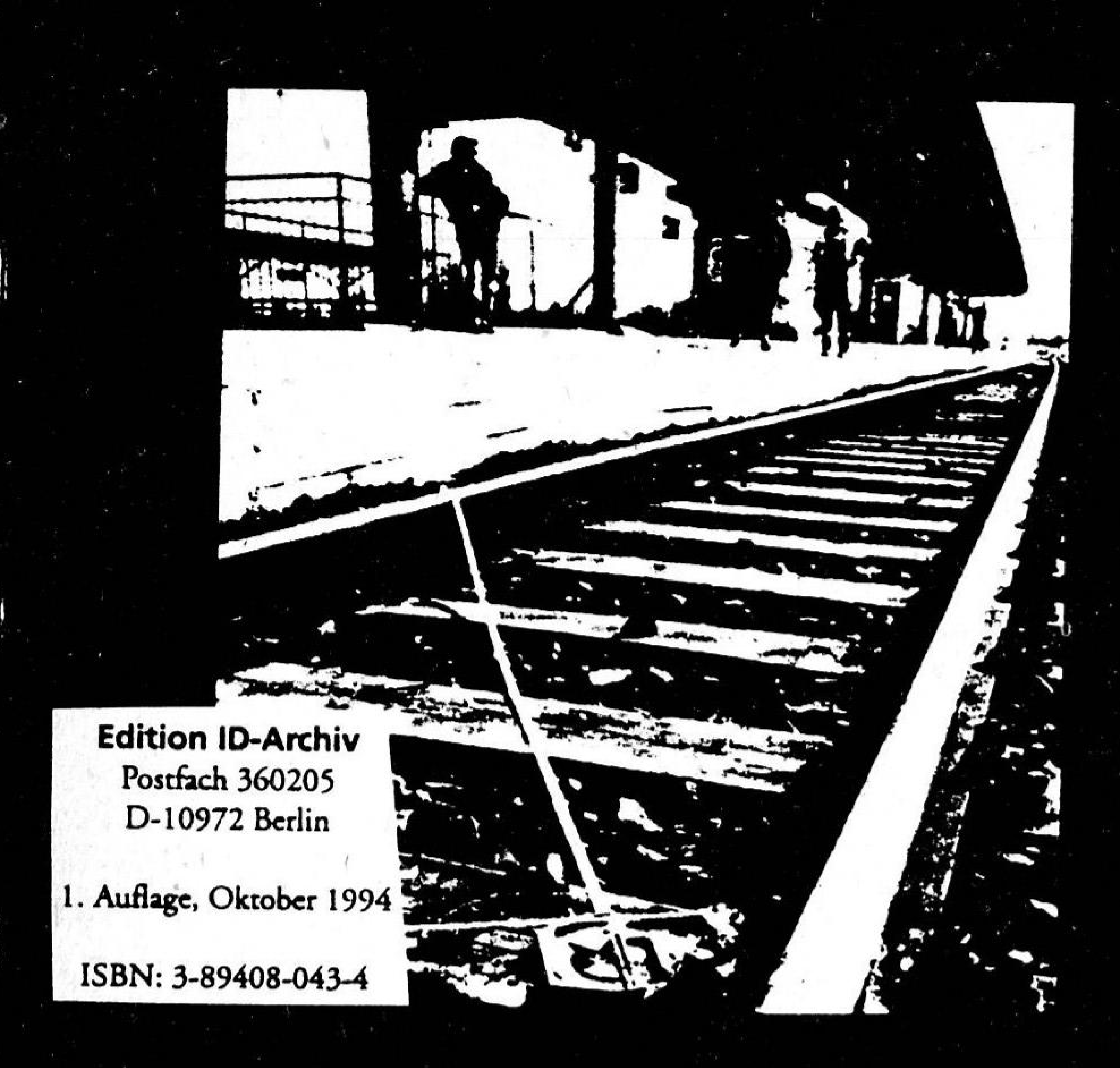


Keine Mieterhöhung – basta !!
Unterstützt die Yorck 59, die besetzten Häuser Marchstr/Einsteinufer und alle anderen von Vertreibung Betroffenen !
Wohnraum darf nicht Ware sein! Gegen den Hauptstadtwahn!

V.i.S.d.P.: D. Garstig, Rosa-Luxemburg-Str.: 27, 10178 Berlin

bad kleinen

und die erschiessung von wolfgang grams



Edition ID-Archiv
Postfach 360205
D-10972 Berlin

1. Auflage, Oktober 1994

ISBN: 3-89408-043-4

Nach wie vor ist dem Recht der Öffentlichkeit auf lückenlose Aufklarung der Ereignisse von Bad Kleinen und insbesondere der Todesumstande von Wolfgang Grams nicht Genuge getan. Weder von staatlicher noch von unabhangiger Seite wurde dies geleistet. Das vorliegende Buch soll zur Aufklarung beitragen und stellt unter den gegebenen Umstanden gleichzeitig Gegenoffentlichkeit her. Zwar haben sich in der Zeit unmittelbar nach den Ereignissen auch breite Teile der Medien um Aufklarung bemuht - sei es aufgrund journalistischer Sorgfaltspflicht oder Sensationsgier. Nachdem staatlicherseits die Sache aber als aufgeklart und erledigt dargestellt wurde, blieb von der kritischen Offentlichkeit nicht mehr viel ubrig.

Dieses Buch macht deutlich, daß entgegen der offiziellen Version nicht von Selbstmord ausgegangen werden kann.

ID-Archiv im IISG
Vorwort 9

Redaktionsgruppe
Einleitung 11

Hans Branscheidt
»Die letzte Version ist immer die gültige« 15

Birgit Hogefeld
Portrait Wolfgang Grams 17

Rekonstruktion

Chronologie der Ereignisse 21

Der Zugriff 39
- Vorlauf 40
- Skizze des Bahnhofsgeländes 42
- Im Billardcafé 47
- Auslösung des Zugriffs 49
- Verfolgung auf Bahnsteig 3/4 52
- Der Mord an Wolfgang Grams 56
- Medizinische Versorgung 65
- Flucht in die Falle? 67
- Der Tod von Michael Newrzella 80

Die Verdunkelung 83
- Bundesanwaltschaft 84
- Bundeskriminalamt 86
- GSG 9 105
- Volksvertreter 113
- Staatsanwaltschaft Schwerin 117
- Gutachten 129
- Zusammenfassung 148

Hintergründe

Hans-Michael Empell
Einschätzung der Ermittlungen nach völkerrechtlichen Prinzipien 151

Ulla Jelpke
Trotz aller staatlichen Vertuschungsversuche ... 159

Brigitt Lüscher und Marcel Bosonnet
Die Funktion der angeblichen Objektivität von Gutachtern 169

Florian Schmaltz
Ein Mythos 176

Rolf Gössner
Pannen, Pech und Pleiten? 181

Oliver Tolmein
Führer für die Fahndung 191

Albrecht Maurer
KGT – Verschwörung in kleiner Runde 203

Rolf Gössner
Tödliche »Terroristenfahndung« 208

Linke Diskussion

Redaktionsgruppe
Der Werdegang einer »Spitzenquelle« 233

Birgit Hogefeld
»Falsche Gründe« 238

Rote Armee Fraktion
»Unser schwerster Fehler in den letzten Jahren« 243

Redaktionsgruppe
Die Kinkel-Initiative, Bad Kleinen und die Niederlage von revolutionärem Widerstand, RAF und politischen Gefangenen 257

Repression

Birgit Hogefeld
Zu meinen Haftbedingungen 265

Berthold Fresenius
Zum Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld 268

Redaktionsgruppe
Gegen die Kriminalisierung linker Politik 272

Fazit

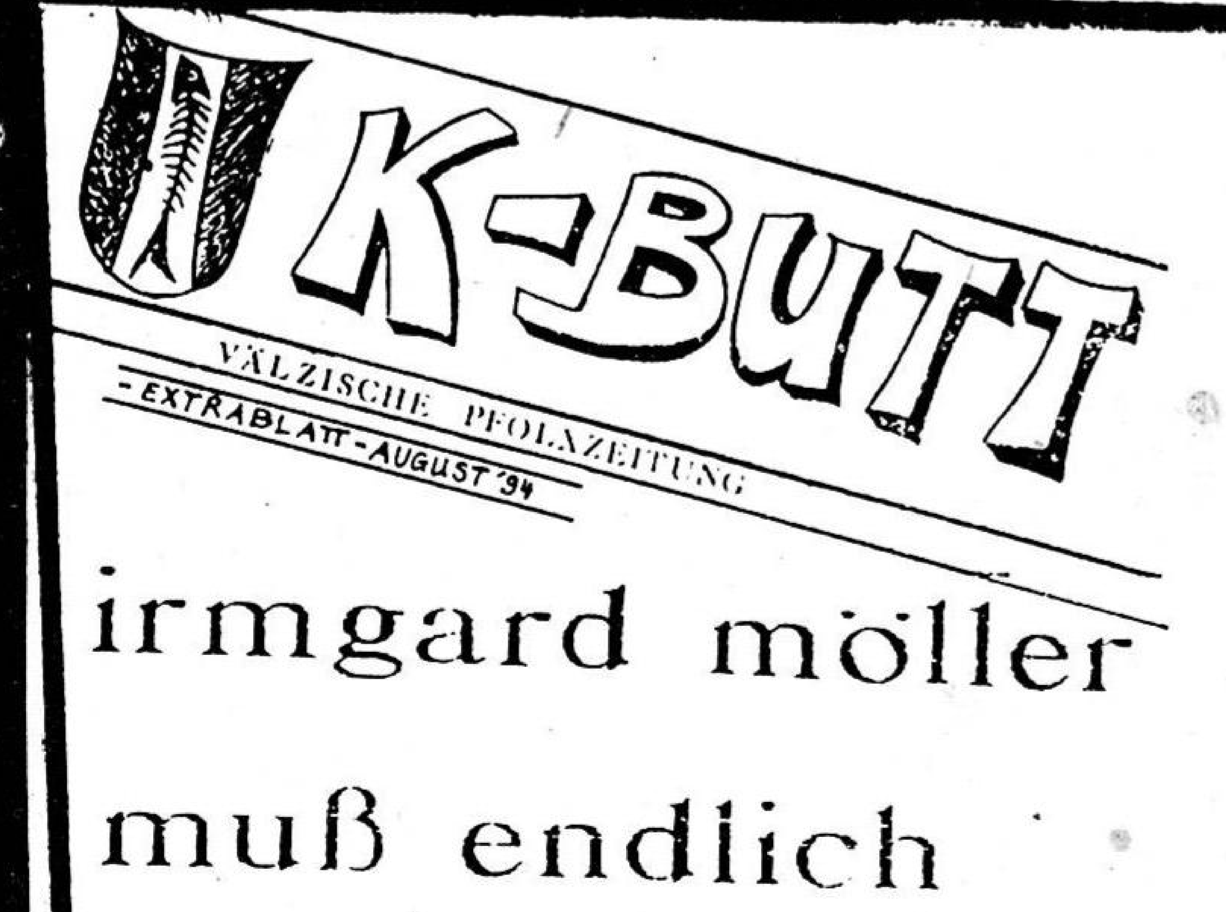
Redaktionsgruppe
Einschätzung und Bewertung 277

Dokumentation

Anwälte der Eltern Grams
Beschwerdebegründung 285

Abkürzungsverzeichnis 314

AutorInnenverzeichnis 315



irmgard möller
muß endlich
raus
aus'm knast

EXTRABLATT von K-BUTT

zum befristeten hungerstreik von gefangenen aus der raf und zur situation irmgard möllers


zu bestellen für

1o stück - 5 dm
2o stück - 8 dm
5o stück - 15 dm

nur im voraus (bar, briefmarken) jeweils plus 3 dm porto, bei

K-BUTT
c/o LOKAL-KOLORIT
GASSTRASSE 41
67655 KAISERSLAUTERN

freiheit für alle politischen gefangenen



Noch mal zu Droste

Die Kritik am Sexismus des freien Mitarbeiter der 'Jungen Welt' und gelegentlichen Autor der 'Beute' Wiglaf Droste ist alt.
Auch wir haben in einer längeren Kritik an patriarchalen Artikeln in der 'Jungen Welt' im Sommer über ihn geschrieben:
"...Droste sorgte erst vor 2 Monaten für Schlagzeilen, als massive Proteste seinen Auftritt als Kommentator des Films 'Beruf Neonazi' im SO36 in Berlin-Kreuzberg verhinderten.
Seine inhaltliche 'Qualifikation' hat er jüngst erneut unter Beweis gestellt, als er bei Radio Fritz eine Blue-Moon-Sendung zum Thema 'Mißbrauch des Mißbrauchs' moderierte. Diese Sendung leitete er mit einem von ihm verfaßten Essay ein, in dem alle patriarchalen Klischees über 'Emanzen', 'verklemmte Feministinnen' etc. vereinigt waren. Droste ließ von Anfang keinen Zweifel, daß die Sendung ein Tribunal gegen 'Wildwasser', 'Kind im Zentrum' und Feministinnen werden würde. Während Männer minutenlange Monologe mit Hasstiraden gegen Feministinnen halten konnten, wurden Anruferinnen, die das Konzept der Sendung kritisierten, schon nach wenigen Sekunden aus der Leitung geworfen. Diese Moderation war der Anlaß für die Proteste gegen Drostes Auftritt im S036. Waren es gerade diese Eigenschaften, die Droste auch für die Mitarbeit bei der Jungen Welt qualifizierten? "
Diese Passage fehlte in der stark gekürzten Fassung unseres Beitrags, die die Junge Welt am 21.7.94 als Leserbrief abdruckte.
So konnte auch darüber keine breitere Diskussion ausgelöst werden und Droste macht im altbekannten Stil weiter.
Z.B. in der jw vom 10.10.94 wo er unter der Überschrift "Bremer Balladen" schreibt:

"...Und die jungen Menschen, die in Bremen für einen Staat plädieren, der kein permanentes Brechmittel ist? Sondern eine möglichst widerspruchs- und damit auch humorlose Zone, in der man mit sich selbst und seinen Kumpels, brrrr! *identisch* sein kann bzw. sogar muß? Und die in der ihnen eigenen Selbstgewißheit von den Betreibern des linken Bremer Kulturzentrums "Schlachthof" verlangen, daß sie mich von einer gemeinsam mit den Kollegen Gerhard Henschel und Günter Willen am 2.Oktober gehaltenen Lesungsabend gefälligst wieder auszuladen hätten, und zwar wegen politisch schwer inkorrekter Parteinahme zugunsten von Frau Katharina Rutschky in der Mißbrauchs-Debatte?

Die in Publikationen des nakten Elends wie *Interim* vor keiner Lüge und keiner Denunziation zurückscheuen und die nur deshalb nicht juristisch den Hahn zugedreht bekommen, weil sie, auch wenn man sich über sie ärgert, zu marginal und nicht satisfaktionsfähig sind?"...(Rechtschreibfehler wurden von uns korrigiert, Broschürengruppe).

Mit diesen Text hat Droste seine patriarchale Einstellung noch deutlicher gemacht, gepaart mit unverhohlenen Drohungen mit juristischen Schritten gegen KritikerInnen . Er sieht lediglich deshalb davon ab, weil die KritikerInnen 'nicht satisfaktionsfähig' seien. Damit greift er tief in den patriarchalen Fundus des Duellwesens. In dieser Männergesellschaft waren Frauen sowie Männer, die nicht der herrschenden Schicht angehörten, nicht satisfaktionsfähig, d.h. sie wurden nicht zum Duell aufgefordert, sondern verachtet.
Droste unterstellt seinen KritikerInnen die Sehnsucht nach einem möglichst widerspruchsfreien Staat.
Wir können nicht für die anderen KritikerInnen reden. Wir begreifen das Patriarchat neben dem Rassismus und dem Kapitalismus sogar als antagonistischen Widerspruch und wenden uns gegen Männer in der Linken wie Droste, die diesen Widerspruch hinwegblödeln wollen.
Was das Denunzieren betrifft, da lese mensch nur Drostes Rezession eines Buches des Neu-Rechten Klaus-Rainer Röhl. Droste findet dort tatsächlich Röhls Denunziation, daß Ulrike Meinhof von Andreas Baader und Gudrun Ensslin in den Tod getrieben wurden, plausibel.
Wie schrieb doch Droste am Ende seiner Bremer Ballade. " "Wäre ich nicht..... für ein Leben in diesem Staat quasi überqualifiziert..." Da können wir ihn ausnahmsweise mal zustimmend zitieren.
Droste und seine Schreibe passen vollständig in die herrschende patriarchale Gesellschaft.
Wir fragen die Redaktion der 'Beute' und der 'Jungen Welt' warum sie meinen, daß Droste dort weiterhin publizieren kann.

Broschürengruppe, c/o Kopierladen, M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin

Moishe Postone

Antisemitismus und Nationalsozialismus

(...) Das Problem des Wissens von der Nazi-Vergangenheit hat eine besondere Rolle in der deutschen Neuen Linken gespielt, die nicht unmittelbar auf der Hand liegt. Diese Vergangenheit und ihre kollektive psychische Verdrängung waren sehr wichtige Momente in der Entstehung der Neuen Linken. Obwohl es eine Diskussion über den Nazismus und des Holocaust innerhalb der Linken gab, haben viele jüngste Gespräche in Frankfurt ein bemerkenswertes Phänomen offenbart: Während die meisten der älteren Generation der Neuen Linken sich in den sechziger Jahren intensiv mit dem Problem beschäftigt hatten, zeigte es sich, daß ein großer Teil der jüngeren Generation, vielleicht die meisten, die sich 1968 und danach politisiert haben, über die Ausrottung des europäischen Judentums niemals Dokumentationen eingesehen oder sich überhaupt informiert hatten. Für diese Generation war „Holocaust" ein Schockerlebnis. Es war das erste Mal, daß sie konkret und hautnah mit dem Schicksal der Juden konfrontiert wurden. Sie hatten natürlich davon gewußt, aber offensichtlich nur abstrakt. Der Wirklichkeit dieses Entsetzens hatte sie nie konkret gegenübergestanden. Das Fehlen einer solchen Konfrontation spiegelte sich im Umgang der Nach-Achtundsechziger-Generation mit Geschichte und Verständnis von Nationalsozialismus.

In den späten sechziger Jahren und den frühen siebziger Jahren schenkte die Neue Linke der Geschichte der Arbeiterbewegung, besonders von 1918 bis 1923 und dem Widerstand gegen die Nazis weit mehr Aufmerksamkeit als der Geschichte des Nationalsozialismus selbst.

Das Studium der Geschichte wurde zu einer Suche nach Identifikation – einer Suche, die angesichts der Nazivergangenheit besonders intensiv war. Eine historische Konfrontation mit dem Dritten Reich wurde dadurch jedoch umgangen. Durch die Hervorhebung der revolutionären Bewegungen, die auf den Ersten Weltkrieg folgten, wurde aber die Tatsache verdeckt, daß diese Geschichte spätestens 1933 zu Ende war und nicht länger eine lebendige historische Tradition darstellt – sei es in der BRD oder in der DDR. Das Bedürfnis nach Identifikation führte dazu, den Widerstand gegen Hitler überzubetonen. Dadurch wurde umgangen, sich mit der Popularität des Nazi-Regimes selbst auseinanderzusetzen. Dadurch wurde aber auch ein Verständnis der Lage der Juden in Europa von 1933-1945 abgeblockt. Der „Mangel an jüdischem Widerstand" wurde zu einer impliziten Anklage und bildete keinen Ausgangspunkt für genauere Untersuchungen.

Das Fehlen wirklichen Wissens über die Aktivitäten und di... ... und der Sowjetunion, in den Ghettos und den Vernichtungslagern führte zu einem unvollständigen Bild des Nazismus. Das Ergebnis war eine Analyse des Nationalsozialismus, die jene Momente des Phänomens heranzog, welche in den Jahren 1933-1939 augenscheinlich waren: ein terroristischer, bürokratischer Polizeistaat, der im unmittelbaren Interesse des Großen Kapitals arbeitete und auf autoritären Strukturen, der Glorifizierung der Familie und der Benutzung des Rassismus als einem Mittel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beruhte. Diese Art der Analyse wurde noch durch die kommunistische Angewohnheit, lieber vom Faschismus als vom Nazismus zu sprechen, verstärkt, womit sie seine Klassenfunktion unter Ausschluß anderer Momente hervorhob. Mit anderen Worten: sowohl die nicht-dogmatische Linke als auch die orthodoxen Marxisten neigten dazu, den Antisemitismus als Randerscheinung des Nationalsozialismus zu behandeln. Dadurch wurden die Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit von der sozialhistorischen Untersuchung des Nationalsozialismus isoliert. Das Ergebnis ist, daß die Vernichtungslager entweder als bloße Beispiele imperialistischer (oder totalitärer) Massenmorde erscheinen oder unklärbar bleiben.

Das Bestehen auf einer Auseinandersetzung mit der BESONDERHEIT des Nazismus und der Vernichtung des europäischen Judentums ist in Deutschland häufig als eine Anklage verstanden worden – auch von der Linken. Daß Terror, Massenmord, Rassismus und Autoritarismus ein deutsches Monopol seien, ein Mißverständnis, das Abwehrreaktionen hervorruft. So auf die Erwähnung des Gegenstandes Nazismus unmittelbar mit Greuelbeispielen in Vietnam, Palästina usw. zu „antworten". Linke Theorien des Nationalsozialismus neigen auch zu dieser Abwehrhaltung. Objektivistische Theorien verkehren entweder Horkheimers Diktum von der BEZIEHUNG zwischen Kapitalismus und Faschismus in eine vorausgesetzte Identität oder vermitteln beides ökonomistisch. Subjektivistische Theorien (wie z.B. die von Theweleit [Männerphantasien, 2 Bde., Frankfurt 1977, 78]) lassen die Besonderheit des Nationalsozialismus außer acht. Das Dritte Reich wird so entweder mit dem Kapital oder mit dem Patriarchat identifiziert, d.h. in historisch unspezifischen Kategorien begriffen.

Theorie selbst wurde zu einer Form psychischer Verdrängung. Die Begriffe wurden lieber dazu benutzt, eine unverstellte Wahrnehmung des Nazismus ABZUBLOCKEN, als daß sie gebraucht worden wären, jene Wirklichkeit zu BEGREIFEN und sie verstehbar zu machen. Diese Umkehrung der Funktion von Analyse rührte meiner Meinung nach aus Abscheu und Schuld, die die Nachkriegsgeneration gegenüber der Nazi-Vergangenheit empfand. Mit diesem Schuldgefühl konnte man nur schwer umgehen, und es war kaum zu greifen, weil es ja nicht auf wirklicher Schuld beruhte. Die Verbindung von Abscheu und Schuld führte zu einem Interesse am Nazismus, das jedoch durch Abwehrreaktionen gekennzeichnet war, die verhinderten, sich mit der Besonderheit der Vergangenheit

von Schuld verbunden. Das Ergebnis war die Neigung, den Nazismus als leere Abstraktion zu behandeln, die mit Kapitalismus, Bürokratie und autoritären Strukturen assoziiert wurde – nur als eine schlimmere Ausprägung der „Normalität", die wir alle kennen. Dadurch wurde nicht nur die Besonderheit der deutschen Vergangenheit aufgehoben, sondern der Terminus Faschismus ist Gegenstand einer rhetorischen Inflation geworden, die seine Bedeutung entwertet hat. Einerseits verkannte diese einseitige Betonung der oben angesprochenen Momente des Nationalsozialismus seine antibürgerlichen Aspekte: die Revolte, den Haß auf die Herrschenden und den grauen kapitalistischen Alltag. Andererseits konnte der Kampf gegen die autoritäre kapitalistische Gegenwart in der BRD, eine Gegenwart, der viele Momente von Kontinuität mit der Nazi-Vergangenheit anhaften, als direkter Kampf gegen den Faschismus interpretiert werden; ein Versuch, das Fehlen eines deutschen Widerstandes damals wie heute wiedergutzumachen. Solche Tendenzen beeinflußten die politische Diskussion in Frankfurt während der siebziger Jahre stark, die in hohem Maße durch die Auseinandersetzung mit der Theorie, Strategie und Taktik des westdeutschen Untergrunds bestimmt war.

Viele politische Aktivitäten in der BRD werden als „Lernen aus der Vergangenheit" dargestellt. Die Brennpunkte des politischen Interesses und der Aktivität in Westdeutschland sind heute die Kämpfe gegen die Unterdrückung, Berufsverbot, den Eingriff in bürgerliche Freiheiten, Gerichtsverfahren, die erschreckende Behandlung politischer Gefangener (in Wirklichkeit aller Gefangener), die Diskriminierung ausländischer Arbeiter, Rassismus und Kernenergie mit ihren politischen wie ökologischen Auswirkungen. Machen es diese Kämpfe notwendig, aus der Nazi-Vergangenheit zu lernen? Sicherlich sind sie zwar gegen den autoritären Staat gerichtet. Diese Bestimmung erschöpft die des Nationalsozialismus aber keineswegs. Diese Kampagnen – so wichtig sie sind – als „Lernen aus der Vergangenheit" darzustellen, ist irgendwie verdächtig. Das Lernen geht hier etwas zu schnell und stellt zum Teil auch eine Flucht aus der Besonderheit jener Vergangenheit dar.

Die Auswirkungen dieser Flucht sind zweideutig. Ich bezweifle, ob es im Westen noch eine Linke gibt, die gegenüber Entwicklungen in anderen Ländern so offen und informiert ist, wie die westdeutsche. Jedoch spürt man eine unterschwellige Verzweiflung, eine Suche nach Identität, mit der große Teile der nicht-dogmatischen Linken versucht haben, sich in unmittelbarer Weise auf die Entwicklungen im Ausland zu beziehen – vom italienischen „Heißen Herbst" 1969, über die Panther-Verteidigung, Palästina, Portugal, alternative Projekte in den USA, die italienischen Stadtindianer, die französische „Neue Philosophie" usw.

Diese Probleme von Lernen und Verdrängen, Flucht und Suche nach Identität drückten sich in der Haltung der neuen deutschen Linken gegenüber Israel am klarsten aus. Keine westliche Linke war vor 1967 so philosemitisch und prozionistisch. Vermutlich keine identifizierte sich in der Folge so stark mit der palästinensischen Sache. Was „Anti-Zionismus" genannt wurde, war in Wirklichkeit so emotional und psychisch beladen, daß es weit über die Grenzen einer politischen und gesellschaftlichen Kritik am Zionismus hinausging. Das bloße Wort wurde so negativ besetzt wie Nazismus; und das in einem Land, wo die Linke es besser hätte wissen müssen. Der Wendepunkt vom Philosemitismus zu jener Form des Anti-Zionismus war der Krieg 1967. Ich würde vermuten, daß hier ein Prozeß psychologischer Umkehr stattfand, in dem die Juden als Sieger mit der Nazi-

Linken. Die Opfer der Juden wurden umgekehrt als Juden identifiziert. Es ist in dieser Hinsicht bemerkenswert, daß der Auslöser für eine solche Wende NICHT die Vertreibung und das Leiden der Palästinenser war, das zudem schon lange vor 1967 begonnen hatte. Es war vielmehr der siegreiche „Blitzkrieg" der Israelis. Der Philosemitismus offenbarte seine andere Seite: Wenn die Juden einerseits keine Opfer sind und deshalb integer und andererseits die Israelis brutal und rassistisch sind, dann müssen sie „Nazis" sein. Nach der Schlacht von Karameh 1968 erwiesen sich die Palästinenser zudem als die „besseren Juden" – sie leisteten Widerstand. So war endlich eine Gelegenheit gegeben, sich mit den „Juden" UND MIT IHREM WIDERSTAND zu identifizieren. Der Kampf gegen den Zionismus verwandelte sich in den langersehnten Kampf gegen die Nazi-Vergangenheit – BEFREIT VON SCHULD.

Diese Abfolge psychischer Verkehrung manifestierte sich am groteskesten 1976 in Entebbe. Ein Flugzeug der Air France war entführt und alle nicht-jüdischen Passagiere waren freigelassen worden. Die zurückgehaltenen Geiseln waren die jüdischen Passagiere. (Nicht einfach alle Israelis – was schlimm genug gewesen wäre.) Dieses „Selektionsverfahren" wurde unter anderen von zwei jungen deutschen Linken vorgenommen, weniger als vierzig Jahre nach Auschwitz. *Innerhalb der deutschen Neuen Linken gab es keine öffentliche Protestreaktion – geschweige denn einen allgemeinen Aufschrei.*

„Lernen aus der Vergangenheit" ist von einer Verwirklichung noch weit entfernt. Schuld hatte es abgeblockt, Unkenntnis es behindert und das überwältigende Bedürfnis nach unzweideutiger Identifikation hatten es schließlich verdrängt. Es ist sicherlich politisch vorteilhafter, daß die unmittelbaren Probleme, denen sich eine deutsche Linke gegenübersieht, viel mehr mit einem zunehmend autoritären technokratischen Kapitalismus zu tun haben, als mit Nazismus und Antisemitismus. Nichtsdestoweniger lastet die Vergangenheit zu schwer, als daß sie ignoriert werden könnte; der Versuch, die Vergangenheit beiseite zu schieben, um mit der Gegenwart fertig zu werden, hat nicht funktioniert. Die verdrängte Vergangenheit ist geblieben, hat ihre untergründige Arbeit fortgesetzt und dazu beigetragen, den Umgang mit der Gegenwart zu bestimmen.

*

Ein wichtiger Gesichtspunkt in der Konfrontation mit dieser Vergangenheit wäre der Versuch, sich mit der Beziehung von Antisemitismus und Nationalsozialismus auseinanderzusetzen; zu versuchen, die Ausrottung des europäischen Judentums zu verstehen. Das kann solange nicht geschehen, wie Antisemitismus als Beispiel für Rassismus SANS PHRASE verstanden wird, und der Nazismus nur unter der Form des Großen Kapitals und eines terroristischen bürokratischen Polizeistaates begriffen wird. Auschwitz, Chelmo, Majdanek, Sobibor und Treblinka dürfen nicht außerhalb der Analyse des Nationalsozialismus behandelt werden. Sie stellen einen seiner logischen Endpunkte dar, nicht einfach eine seiner furchtbarsten Randerscheinungen. *Keine Analyse des Nationalsozialismus, die nicht die Ausrottung des europäischen Judentums erklären kann, wird ihm gerecht.*

Der erste Schritt muß eine ausführliche Beschreibung des Holocaust und des modernen Antisemitismus sein. Der Mangel ernsthafter und eindringlicher Überlegungen zum modernen Antisemitismus macht jeden Versuch, die Ausrottung des europäischen Judentums zu verstehen, unangemessen. Das ist keine Frage der Quantität, sei es der Zahl der

Menschen, die ermordet worden sind, noch des Ausmaßes ihres Leidens. Es gibt zu viele historische Beispiele für Massen- und Völkermord (z.B. sind viel mehr Russen als Juden von den Nazis getötet worden). Die Frage zielt vielmehr auf die QUALITATIVE BESONDERHEIT. Bestimmte Aspekte der Ausrottung des europäischen Judentums bleiben so lange unerklärlich, wie der Antisemitismus als bloßes Beispiel für Vorurteil, Fremdenhaß und Rassismus allgemein behandelt wird, als Beispiel für Sündenbockstrategien, deren Opfer auch sehr gut Mitglieder irgendeiner anderen Gruppe hätten gewesen sein können.

Charakteristisch für den „Holocaust" war der verhältnismäßig geringe Anteil an Emotion und unmittelbarem Haß (im Gegensatz zu Pogromen z.B.); zudem fehlte jeder Missionsgeist und, was das wichtigste ist: Holocaust war offensichtlich nicht funktional. Die Ausrottung der Juden war kein Mittel zu einem anderen Zweck. Sie wurden nicht aus militärischen Gründen ausgerottet oder um gewaltsam Land zu nehmen (wie bei den amerikanischen Indianern und den Tasmaniern); auch nicht, um jene Teile der Bevölkerung auszulöschen, um die herum sich am leichtesten Widerstand hätte kristallisieren können, so daß der Rest als Heloten besser ausgebeutet werden könnte. Dies war übrigens der Grund der Nazipolitik gegenüber den Polen und Russen. Es gab auch kein anderes „äußeres" Ziel. *Die Ausrottung der Juden mußte nicht nur total sein, sondern war sich selbst Zweck – Ausrottung um der Ausrottung willen – ein Zweck, der absolute Priorität beanspruchte.*

Eine funktionalistische Erklärung des Massenmordes und eine Sündenbock-Theorie des Antisemitismus können nicht einmal im Ansatz erklären, warum in den letzten Kriegsjahren, als die deutsche Wehrmacht von der Roten Armee überrollt wurde, ein bedeutender Teil des rollenden Materials für den Transport der Juden zu den Gaskammern benutzt wurde und nicht für die logistische Unterstützung des Heeres.

Ist die QUALITATIVE BESONDERHEIT der Ausrottung des europäischen Judentums einmal erkannt, wird klar, daß Erklärungsversuche, die sich auf Kapitalismus, Rassismus, Bürokratie, sexuelle Unterdrückung oder die autoritäre Persönlichkeit stützen, viel zu allgemein bleiben. Die Besonderheit des Holocaust erfordert eine viel spezifischere Vermittlung, um sie wenigstens im Ansatz zu verstehen.

Die Ausrottung des europäischen Judentums steht natürlich in Beziehung zum Antisemitismus. Die Besonderheit des ersteren muß auf den letzteren bezogen werden. Darüber hinaus muß der moderne Antisemitismus in Hinblick auf den Nazismus als Bewegung verstanden werden – eine Bewegung, die in der Sprache ihres eigenen Selbstverständnisses eine Revolte darstellte.

Der moderne Antisemitismus, der nicht mit dem täglichen anti-jüdischen Vorurteil verwechselt werden darf, ist eine Ideologie, eine Form des Denkens, die in Europa im späteren neunzehnten Jahrhundert auftrat. Sein Auftreten setzt Jahrhunderte früherer Formen des Antisemitismus voraus. Antisemitismus ist immer ein integraler Teil der christlich-westlichen Zivilisation gewesen. Allen Formen des Antisemitismus ist gemeinsam, daß den Juden ein Machtmonopol zugeschrieben wird: die Macht Gott zu töten, die Beulenpest loszulassen oder, in jüngerer Zeit, Kapitalismus und Sozialismus herbeizuführen. Mit anderen Worten: Das Denken ist stark manichäisch; die Juden spielen darin die Rolle der Kinder der Finsternis.

Nicht nur das bloße Potential, sondern auch die Qualität der den Juden beigelegten Macht unterscheidet den Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Vermutlich schreiben alle Formen des Rassismus den anderen potentielle Macht zu. Diese Macht ist gewöhnlich aber konkret – materiell und sexuell – die Macht des „Untermenschen". Die den Juden zugeschriebene Macht ist nicht nur viel größer und im Gegensatz zu potentieller 'wirklich', sie ist ganz anders. Im modernen Antisemitismus ist sie eigenartig unfaßbar, abstrakt und allgemein. Diese Macht erscheint gewöhnlich nicht als solche, sondern muß ein konkretes Gefäß, einen Träger, eine Ausdrucksweise finden. Weil diese Macht nicht konkret gebunden ist, nicht „verwurzelt" ist, wird sie als ungeheuer groß und schwer kontrollierbar empfunden. Sie steht hinter den Erscheinungen, ist aber nicht identisch mit ihnen. Ihre Quelle ist daher verborgen – konspirativ. Die Juden stehen für eine ungeheuer machtvolle, unfaßbare internationale Verschwörung (...)

Der moderne Antisemitismus ist dadurch gekennzeichnet, daß die Juden für die geheime Kraft hinter jenen 'offenbaren' Widersachern gehalten werden: dem plutokratischen Kapitalismus und dem Sozialismus. „Das Internationale Judentum" wird darüber hinaus als das empfunden, was hinter der „vulgären" modernen Kultur steht und allgemein formuliert, hinter all jenen Kräften, die zum Niedergang der traditionellen Werte und Institutionen beitragen. Für den modernen Antisemitismus ist also nicht nur sein säkularer Inhalt charakteristisch, sondern auch sein „systematischer" Charakter. Er beansprucht, die Welt zu erklären.

Diese deskriptive Bestimmung des modernen Antisemitismus ist zwar notwendig, um diese Form von Vorurteil oder Rassismus im allgemeinen zu unterscheiden; sie kann jedoch als solche noch nicht die innere Beziehung zum Nationalsozialismus aufzeigen. Die Absicht also, die übliche Trennung zwischen einer sozioökonomischen Analyse des Nazismus und einer Untersuchung des Antisemitismus zu überwinden, ist auf dieser Ebene noch nicht erfüllt. Es bedarf einer ERKLÄRUNG des oben beschriebenen Antisemitismus, die fähig ist, beides zu vermitteln. Sie muß sich historisch auf die gleichen Kategorien stützen, die zur Erklärung des Nationalsozialismus schlechthin angewandt werden konnten. Es ist nicht die Intention, die sozialpsychologischen oder psychoanalytischen Erklärungen zu negieren, sondern vielmehr ein historisch-erkenntnistheoretisches Beziehungsgefüge zu erläutern, innerhalb dessen weitere psychologische Spezifizierung stattfinden kann. Fehlt ein solcher Rahmen, bleiben alle anderen Erklärungsversuche, die sich um Subjektivität zentrieren, historisch unspezifisch. Es bedarf also einer Erklärung in Form einer materialistischen Erkenntnistheorie. Ausgang einer solchen Erklärung wird Marx' Begriff des Fetischs sein, den er nur in bezug auf die Ware entwickelt hat. Diesem Begriff liegt Marx' Analyse der Ware, des Geldes und des Kapitals als gesellschaftliche Formen und NICHT bloß ökonomischen Begriffen zugrunde. In seiner Analyse erscheinen die kapitalistischen Formen gesellschaftlicher Beziehungen nicht als solche, sondern sie drücken sich in vergegenständlichter Form aus. Diese vergegenständlichten Formen gesellschaftlicher Beziehungen führen, als Ausdruck von Entfremdung, ein verselbständigtes Dasein und bestimmen rückwirkend sowohl gesellschaftliches Handeln als auch gesellschaftliches Denken. Die Ware als Form ist z.B. eine Kategorie, die gleichzeitig bestimmte gesellschaftliche Beziehungen und Denkformen ausdrückt. Diese Interpretation unterscheidet sich sehr von der Hauptrichtung marxistischer Tradition, in der die Kategorien als abgeleitete Bestimmungen einer „ökonomischen Basis" begriffen werden und das Denken als Überbauphänomen aufgefaßt wird, das sich aus Klasseninteressen und -bedürfnissen ableitet. Diese Form des Funktionalismus kann, wie oben ausgeführt, die Nicht-Funktionalität der Ausrottung der Juden nicht angemessen erklären. Allgemein

formuliert: es wird nicht erklärt, warum eine bestimmte Denkform, die sehr wohl im Interesse bestimmter Klassen und anderer gesellschaftlicher Gruppen liegen kann, eben diesen und keinen anderen Inhalt hat. Dasselbe trifft auch auf die aufklärerische Definition von Ideologie (und Religion) als Produkt bewußter Manipulation zu. Der weit verbreitete Glaube an eine bestimmte Ideologie impliziert, daß sie eine Resonanz besitzen muß, deren Ursprung zu erklären ist. Andererseits steht der Marxsche Ansatz, der von Lukács, der Frankfurter Schule und Sohn-Rethel weiterentwickelt wurde, jenen Variationen traditionellen Marxismus entgegen, die ihrerseits jeden ernsthaften Versuch der historischen Erklärung von Denkformen aufgegeben haben.

Eine vollständige Darstellung des Problems von Antisemitismus würde über die Grenzen dieses Aufsatzes hinausgehen. Es kommt hier jedoch darauf an aufzuzeigen, daß eine sorgfältige Untersuchung der modernen antisemitischen Weltanschauung sich als eine Form des Denkens enthüllt, in dem die rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus mit allen ihren gesellschaftlichen Folgen im Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wurde. Das heißt, daß die Juden nicht nur als Geldeigentümer betrachtet, sondern für wirtschaftliche Krisen verantwortlich gemacht und mit der gesellschaftlichen Umstrukturierung und Verschiebung identifiziert wurden, die mit der raschen Industrialisierung einhergingen: explosionsartige Verstädterung, Verfall der traditionellen gesellschaftlichen Klassen und Schichten, das Auftauchen eines starken, immer besser organisierten Proletariats usw.

Es kann sich hier nur um eine erste Annäherung an den Gegenstand handeln. Dieser Versuch ist weder erkenntnistheoretisch begründet, noch kann er erklären, warum in einer Periode der beschleunigten Industrialisierung nicht das industrielle Kapital mit den Juden identifiziert und Objekt antisemitischer Angriffe wurde.

Genau an diesem Punkt müssen wir uns dem Fetischbegriff zuwenden. Die Merkmale der den Juden vom modernen Antisemitismus zugeschriebenen Macht – Abstraktheit, Nicht-Faßbarkeit, Universalität, Mobilität – sind alles Merkmale der Wertseite. Diese Dimension erscheint niemals als solche, vielmehr immer in der Form eines stofflichen Trägers. Der Träger, z.B. die Ware, hat insofern „Doppelcharakter“: Wert und Gebrauchswert. Die Wertform macht es jedoch erforderlich, daß der Doppelcharakter sich entäußert – in diesem Fall als Geld und als Ware. Das Resultat dieser Entäußerung besteht darin, daß die Ware, obwohl sie eine gesellschaftliche Form ist, als rein gegenständlich und „dinglich“ erscheint, während das Geld sich als Manifestation des bloß Abstrakten, als die „Wurzeln allen Übels“ darstellt und nicht als die entäußerte Erscheinungsform der Wertseite der Ware selbst. Proudhon, der in diesem Sinne als einer der geistigen Vorläufer des modernen Antisemitismus angesehen werden kann, meinte daher, daß die Abschaffung des Geldes – der erscheinenden Vermittlung – genügen würde, um die kapitalistischen Beziehungen abzuschaffen. Er hat nicht gesehen, daß der Kapitalismus durch vermittelte gesellschaftliche Beziehungen charakterisiert ist, die in den kategorialen Formen vergegenständlicht sind; Geld ist nur ein *Ausdruck* dieser Beziehungen, nicht deren *Ursache*. Anders ausgedrückt: Proudhon verwechselt die Erscheinungsform – Geld als die Vergegenständlichung des Abstrakten – mit dem Wesen des Kapitalismus: einem spezifischen System gesellschaftlicher Beziehungen, die miteinander vermittelt sind, aber nicht als solche erscheinen, sondern als abstraktes Moment an stofflichen Formen.

Ein Aspekt des Fetisch besteht nun darin, daß kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen sich selbst als widersprüchlich, als Gegensatz von Abstraktem und Konkretem darstellen. Beide Seiten des Widerspruchs sind darüber hinaus quasi-natürlich: die abstrakte Dimension erscheint in der Form von „objektiven Naturgesetzen“, die konkrete als rein „dingliche“ Natur. Die Struktur entfremdeter gesellschaftlicher Beziehungen, die den Kapitalismus kennzeichnet, besitzt die Form eines quasi-natürlichen Gegensatzes, in dem Gesellschaftliches und Historisches nicht mehr erscheinen. Dieser Gegensatz wird in der Opposition zwischen positiven und romantischen Denkformen theoretisch wieder aufgenommen.

Formen antikapitalistischen Denkens, die innerhalb der Unmittelbarkeit dieses Widerspruchs verfangen bleiben, tendieren dazu, den Kapitalismus nur unter der Form der Erscheinungen, der abstrakten Seite des Widerspruchs wahrzunehmen. Die bestehende konkrete Seite wird ihr dann als das „Natürliche“ oder ontologisch Menschliche positiv entgegengesetzt. Daher wird, wie bei Proudhon, konkrete Arbeit als das nichtkapitalistische Moment verstanden, das der Abstraktheit des Geldes entgegengesetzt ist. Daß die konkrete Arbeit selbst durch die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen material geformt ist, wird nicht mehr gesehen.

Mit der weiteren Entwicklung der Kapitalform und ihres begleitenden Fetisch wird die Naturalisierung, die dem Warenfetisch innewohnt, zunehmen biologisiert. Organische Prozesse beginnen die mechanischen Analogien als die Form des Fetischs zu verdrängen. Ich will diesen Gesichtspunkt des Kapitalfetischs hier nicht entwickeln. Es genügt festzustellen, daß der „Doppelcharakter“ auf der logischen Ebene der Ware konkrete Arbeit als ontologische Tätigkeit erscheinen läßt und nicht als Tätigkeit, die durch gesellschaftliche Beziehungen material geformt ist; er läßt die Ware als rein stoffliches Ding erscheinen und nicht als die Vergegenständlichung vermittelter gesellschaftlicher Beziehungen. Auf der logischen Ebene des Kapitals läßt dieser 'Doppelcharakter' die industrielle Produktion als rein gegenständlichen schöpferischen Prozeß erscheinen, der vom Kapital ablösbar ist. Das industrielle Kapital stellt sich also als die lineare Fortsetzung der „natürlichen“ handwerklichen Arbeit dar, im Gegensatz zum „parasitären“ Finanzkapital. In diesem Sinne steht die biologische Interpretation der kapitalbestimmten konkreten Dimension, die dem Kapitalismus entgegengesetzt ist, *nicht* im Widerspruch zu einer Verklärung des industriellen Kapitals. Beide befinden sich auf der „dinglichen“ Seite des Widerspruchs.

(...) Die positive Hervorhebung von „Natur“, Blut, Boden, konkreter Arbeit und Gemeinschaft darf also nicht als anachronistisch, als Ausdruck historischer Ungleichzeitigkeit verstanden werden. Vielmehr ist die Vorstellung, daß das Konkrete „natürlich“ sei, selbst das Ergebnis der Entwicklung des industriellen Kapitals, ein Ausdruck seines widersprüchlichen Fetisch.

Genau diese Hypostasierung des Konkreten und die Identifikation des Kapitals mit dem erscheinenden Abstrakten macht diese Ideologie der Entwicklung des Kapitals so funktional. Die nationalsozialistische Ideologie fungierte aber nicht nur aus dem auf der Hand liegenden Grund im Interesse des Kapitals, als daß sie extrem antimarxistisch war und die Nazis die Organisationen der deutschen Arbeiterklasse zerstörten. Sie beförderte auch als Denkform im Übergang vom Liberalen zum Quasi-Staatskapitalismus die Interessen des Kapitals insoweit, als sich die Identifikation des Kapitals mit dem erscheinenden Abstrakten überschneidet und teilweise eine Identifikation mit dem Markt hervorruft. Diese Form des Antikapitalismus erscheint daher nur so, als ob sie sehnsüchtig rückwärts gewandt ist. Als Ausdruck des Kapitalfetischs geht ihr wirklicher Vorstoß nach vorne: Sie ist in einer

Abstrakte. Dieses Denken begreift nicht, daß das Abstrakte und das Konkrete gemeinsam einen Widerspruch konstituieren, wobei die wirkliche Überwindung des Abstrakten – der Wertseite – die historische Überwindung des Widerspruchs selbst sowie *jedes* seiner Seiten einschließt. Anstatt dessen gibt es nur einen einseitigen Angriff auf die abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht oder, auf anderer Ebene, auf das Geld- und Finanzkapital.

Dieser Angriff jedoch bleibt nicht auf den Angriff gegen die Abstraktion beschränkt. Selbst die abstrakte Seite erscheint vergegenständlicht. Auf der Ebene des Kapitalfetischs ist es nicht nur die konkrete Seite des Widerspruchs, die naturalisiert und biologisiert wird. Auch die erscheinende abstrakte Seite wird biologisiert – als Juden. Der Gegensatz zwischen dem konkret Gegenständlichen und dem Abstrakten findet sich im Bild des rassischen Gegensatzes zwischen Ariern und Juden. Der moderne Antisemitismus schließt eine Biologisierung des Kapitalismus ein, der selbst nur unter der Form der erscheinenden Abstraktion, als internationales Judentum, verstanden wird. Die antikapitalistische Revolte ist auch eine Revolte gegen die Juden. Die Überwindung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen wird mit der Überwindung des Judentums verbunden.

Diese Interpretation des modernen Antisemitismus ist nicht ganz identisch mit solchen Theorien, wie die Horkheimers, die sich auf die Identifikation der Juden mit der Zirkulationssphäre konzentrieren. Eine solche Sichtweise kann nicht die Vorstellung erklären, daß die Juden die Macht hinter der Sozialdemokratie oder dem Kommunismus bilden. Sie ist auch nicht mit jenen Theorien identisch, die den Antisemitismus als Revolte gegen Modernität sehen, denn „das Moderne" würde sicherlich das industrielle Kapital mit einschließen, das bekanntermaßen eben gerade *nicht* Gegenstand antisemitischer Angriffe war. In meiner Interpretation ist die Identifikation des Juden mit dem Kapitalismus zentral, der wegen seiner fetischistischen Form sich als das erscheinende Abstrakte darstellt, aber der umgekehrt für die ganze Reihe konkreter gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen, die mit der schnellen Industrialisierung verbunden sind, verantwortlich gemacht wird.

Obwohl die innere Verbindung zwischen jener Art des „Antikapitalismus", der den Nationalsozialismus beeinflußte und dem Antisemitismus gezeigt worden ist, bleibt die Frage offen, warum die biologische Interpretation der abstrakten Seite des Kapitalismus sich an den Juden festmacht.

Diese „Wahl" war innerhalb des europäischen Kontextes keineswegs zufällig. Die Juden hätten durch keine andere Gruppe ersetzt werden können. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Die lange Geschichte des Antisemitismus in Europa und die damit verbundene Assoziation der Juden mit Geld ist wohlbekannt. Die Periode der schnellen Expansion des industriellen Kapitals im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts fiel mit der politischen und gesellschaftlichen Emanzipation der Juden in Mitteleuropa zusammen. Die Zahl der Juden an den Universitäten, in den freien Berufen, im Journalismus, den schönen Künsten, im Einzelhandel nahm immer schneller zu – d.h. die Juden wurden in der bürgerlichen Gesellschaft rasch aufgenommen, besonders in Sphären und Berufen, die sich gerade ausweiteten und die traditionellerweise mit der neuen Form verbunden waren, die die Gesellschaft gerade annahm. Man könnte viele andere Faktoren berücksichtigen. Einen möchte ich hervorheben: Ebenso wie die Ware, als gesellschaftliche Form, ihren „Doppelcharakter" in dem entäußerten Gegensatz zwischen dem Abstrakten (Geld) und dem

auseinanderzusetzen. Ein Zugeständnis jener Besonderheit wurde mit einem Eingeständnis

so ist die bourgeoise Gesellschaft durch die Trennung von (politischem) Staat und (bürgerlicher) Gesellschaft charakterisiert. Im Individuum stellt sie sich als Trennung zwischen Staatsbürger und (Privat-)Person dar. Als Staatsbürger ist das Individuum abstrakt. Das drückt sich zum Beispiel in der Vorstellung von der Gleichheit aller vor dem (abstrakten) Gesetz (zumindest in der Theorie) aus oder in der frühbürgerlichen Forderung „eine Person, eine Stimme". Als eine (Privat-)Person ist das Individuum konkret, eingebettet in reale Klassenbeziehungen, die als „privat" angenommen werden; das heißt, sie betreffen die bürgerliche Gesellschaft (im Gegensatz zum Staat) und sollen keinen politischen Ausdruck finden. In Europa war jedoch die Vorstellung von der Nation als einem rein politischen Wesen, abstrahiert aus der Substantialität der bürgerlichen Gesellschaft, nie vollständig verwirklicht. Die Nation war nicht nur eine politische Entität, sie war auch konkret durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion bestimmt. In diesem Sinne erfüllten die Juden im Verlauf ihrer politischen Emanzipation in Europa als einzige Gruppe die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion. Sie waren deutsche oder französische Staatsbürger aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen. Sie gehörten abstrakt zur Nation, aber nur selten konkret. Sie waren außerdem noch Staatsbürger der meisten europäischen Länder. Diese Realität der Abstraktheit, die nicht nur die Wertdimension in ihrer Unmittelbarkeit kennzeichnet, sondern auch mittelbar den bürgerlichen Staat und das Recht, wurde genau mit den Juden identifiziert. In einer Periode, in der das Konkrete gegenüber dem Abstrakten, dem 'Kapitalismus' und dem bürgerlichen Staat verklärt wurde, entstand daraus eine fatale Verbindung: Die Juden waren wurzellos, international und abstrakt angesehen.

*

Der moderne Antisemitismus ist also eine besonders gefährliche Form des Fetischs. Seine Macht und Gefahr liegt darin, daß er eine umfassende Weltanschauung liefert, die verschiedenen Arten antikapitalistischer Unzufriedenheit in einer Weise scheinbar erklärt und ihnen politischen Ausdruck verleiht. Er läßt den Kapitalismus aber dahingehend bestehen, als er nur die Personifizierung jener gesellschaftlichen Form angreift. Ein sich so darstellender Antisemitismus ist ein wesentliches Moment des Nazismus als verkürzte antikapitalistische Bewegung. Für ihn ist der Haß auf das Abstrakte charakteristisch. Seine Hypostasierung des existierenden Konkreten mündet in einer einmütigen, grausamen – aber nicht notwendig haßerfüllten Mission: Die Erlösung der Welt von der Quelle allen Übels in Gestalt der Juden.

Die Ausrottung des europäischen Judentums ist ein Anzeichen dafür, daß es viel zu einfach ist, den Nazismus als eine Massenbewegung mit antikapitalistischen Obertönen zu bewerten, die diese Hülse 1934 („Röhm-Putsch") abwarf, nachdem sie erst einmal ihren Zweck erreicht hatte und sich in Form staatlicher Macht gefestigt hatte. Zum einen sind ideologische Formen nicht einfach Bewußtseinsmanipulationen. Und zum anderen mißversteht diese Auffassung das Wesen des „Antikapitalismus" der Nazis – das Ausmaß, in dem es der antisemitischen Weltanschauung innerlich verbunden war. Es stimmt, daß auf den etwas zu konkreten und plebejischen „Antikapitalismus" der SA 1934 verzichtet werden konnte; jedoch nicht auf den antisemitischen Angriff – die „Erkenntnis", daß die Quelle allen Übels das Abstrakte ist – der Jude. Und die Folgen:

Vergangenheit identifiziert wurden – positiv mit der deutschen Rechten, negativ von der

Eine kapitalistische Fabrik ist ein Ort, an dem Wert produziert wird, der „unglücklicherweise" die Form der Produktion von Gütern annehmen muß. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert. Die Ausrottungslager waren demgegenüber *keine* entsetzliche Version einer solchen Fabrik, sondern müssen eher als ihre groteske arische „antikapitalistische" *Negation* gesehen werden, Auschwitz war eine Fabrik zur „Vernichtung des Werts", d.h. zur Vernichtung der Personifizierungen des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eine teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu „befreien". Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt, die „Maske" der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was „sie wirklich sind", Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch noch zu versuchen, dem Prozeß die letzten Reste des konkreten gegenständlichen „Gebrauchswerts" abzugewinnen: Kleider, Gold, Haare, Seife.

Auschwitz, nicht 1933, war die wirkliche „Deutsche Revolution" – die wirkliche Schein-„Umwälzung" der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren. In diesem Prozeß jedoch „befreiten" die Nazis sich selbst von ihrer Menschlichkeit.

Die Nazis verloren den Krieg gegen die Sowjetunion, Amerika und Großbritannien. Sie gewannen ihren Krieg, ihre „Revolution" gegen das europäische Judentum. Sie ermordeten nicht nur sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer. Es ist ihnen gelungen, eine Kultur zu zerstören – eine sehr alte Kultur – die des europäischen Judentums. Diese Kultur war durch eine Tradition gekennzeichnet, die eine komplizierte Spannung von Besonderheit und Allgemeinheit in sich vereinigte. Diese innere Spannung wurde als äußere in der Beziehung der Juden zu ihrer christlichen Umgebung verdoppelt. Die Juden waren niemals völlig Teil der größeren Gesellschaften, in denen sie lebten; sie waren auch niemals völlig außerhalb dieser Gesellschaften. Die Auswirkungen dessen waren für die Juden häufig verheerend. Manchmal waren sie auch sehr fruchtbar. Dieses Spannungsfeld sedimentierte sich im Zuge der Emanzipation in den meisten jüdischen Individuen. Die schließliche Lösung dieser Spannung zwischen Besonderem und Allgemeinem ist in der jüdischen Tradition eine Funktion der Zeit – die Ankunft des Messias. Vielleicht jedoch hätte das europäische Judentum angesichts der Säkularisierung und Assimilation jene Spannung aufgegeben. Vielleicht wäre jene Kultur schrittweise als lebendige Tradition verschwunden, bevor die Erlösung des Besonderen und des Allgemeinen verwirklicht worden wäre. Diese Frage wird niemals beantwortet werden können.

„Lernen aus der Vergangenheit" muß die Lektion des Antisemitismus, des verkürzten „Antikapitalismus", einschließen. Es wäre ein schwerwiegender Kurzschluß, wenn die Linke denn Kapitalismus nur über die Form der abstrakten Dimension des Kapitalwiderspruchs wahrnehmen würde, handelt es sich dabei um die Form der technokratischen Herrschaft oder die der abstrakten Vernunft. Ebenso ist mehr als Vorsicht gegenüber solchen Erscheinungen geboten, die sich in Gestalt z.B. „neuer" Psychotherapieformen hüllt, die das Gefühl in Gegensatz zum Denken stellen. Gleiches gilt für biologisierende Auffassungen hinsichtlich des gesellschaftlichen Problems der Ökologie. Jeder „Antikapitalismus", der die unmittelbare Negation des Abstrakten versucht und das Konkrete verklärt – anstatt praktische und theoretische Überlegungen darüber anzustellen, was die … kann angesichts des Kapitals

bestenfalls gesellschaftlich unwirksam bleiben. Schlimmstenfalls wird es jedoch politisch gefährlich; selbst dann, wenn die Bedürfnisse, die der „Antikapitalismus" ausdrückt, als emanzipatorische interpretiert werden können.

Die Linke machte einmal den Fehler, zu denken, daß sie ein Monopol auf Antikapitalismus hätte oder umgekehrt, daß alle Formen des Antikapitalismus zumindest potentiell fortschrittlich seien. Dieser Fehler war verhängnisvoll, nicht zuletzt für die Linke selbst.

Dieser Artikel wurde von Moishe Postone ursprünglich für die New German Critique *geschrieben, also für ein amerikanisches Publikum. Im hier gekürzten ersten Teil erläutert er diesem Publikum die Wirkungen der TV-Ausstrahlung des amerikanischen Spielfilms „Holocaust" und die Reaktionen der bundesdeutschen Öffentlichkeit im Jahre 1978, die offenbarten, daß „Millionen Deutscher tatsächlich davon gewußt hatten", aber die Vernichtung der europäischen Juden durch den NS-Staat verdrängt und in einer „Art kollektiver Somnambulismus (...) ihren Weg durch den Kalten Krieg, durch das 'Wirtschaftswunder', durch das Wiederauftauchen von Politik während der Studentenbewegung" gegangen waren. Übersetzung von Renate Schumacher*

(aus: Heft 3–4/1979)

Redaktion diskus 1991 (Hg.)
Küss den Boden der Freiheit
Texte der Neuen linken



„Gedenkstätten und jüdische Friedhöfe wurden geschändet. Wieder werden Menschen verfolgt, geschlagen und angepöbelt, nur weil sie irgendwie ‚anders' sind"

Antifaschistische Demonstration in Göttingen am 19. November 1994

Am 19. November 1994 findet in Göttingen anläßlich des fünften Todestages von Conny Weßmann eine bundesweite antifaschistische Demonstration statt.

Das Motto der Demonstration lautet:

„NICHTS IST VERGESSEN UND NIEMAND!
Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!"

Die Demonstration beginnt am Markt um 11.00 Uhr.

Der politische Mord an Conny Weßmann und Alexander Selchow

Am 17. November 1989 wurde Conny Weßmann bei einer antifaschistischen Aktion von der Polizei in den Tod getrieben. Connys Tod war ein politischer Mord. Er war und blieb nicht der einzige in der Geschichte der BRD, sondern steht in der Kontinuität einer Politik, die Tote billigend in Kauf nimmt.

In der Folgezeit nahmen faschistische Angriffe in der Region zu. In der Silvesternacht 1990/91 wurde Alexander Selchow von FAP-Faschisten auf offener Straße erstochen. Alexander war in Südniedersachsen innerhalb kurzer Zeit der zweite Mensch, der im Zuge politischer Auseinandersetzungen sein Leben verlor.

Beide Morde spielten für die antifaschistische Bewegung in und um Göttingen eine große Rolle.

Weitere Eskalationen

Am 17. November 1991 wurde eine Mahnwache anläßlich des Todes von Conny von der Polizei brutal geräumt.

Während die Umstände von Connys Tod juristisch nie aufgeklärt wurden und die Gerichtsurteile gegen die Mörder von Alexander Selchow milde ausfielen, sollte der antifaschistische Widerstand weiterhin mit allen Mitteln bekämpft werden.

So wurden im Herbst 1991 gegen Göttinger AntifaschistInnen Ermittlungsverfahren nach §129a eingeleitet.

Im Zuge dieser Ermittlungen kam es im August 1992 zu mehreren Hausdurchsuchungen in Göttingen, Berlin und im Harz. Trotz umfangreicher Beschlagnahmungen entpuppte sich die Aktion als ein Schlag ins Wasser.

Am 5. und 6. Juli 1994 fand eine großangelegte Polizeirazzia gegen Mitglieder und angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) statt. Darüberhinaus wurden der Buchladen Rote Straße, der AStA der Uni Göttingen und andere Einrichtungen durchsucht.

Der Staatsschutzangriff richtet sich in erster Linie gegen die Autonome Antifa (M) und ihr legal angelegtes politisches Konzept sowie gegen die seit Jahren in Südniedersachsen erfolgreich betriebene antifaschistische Bündnispolitik, was aus der Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Celle deutlich hervorgeht. Derartiges Vorgehen zielt darauf ab, den antifaschistischen Widerstand zu spalten und zu zerschlagen.

Inhalte der Demonstration

Die Demonstration am 19. November soll ein Zeichen gegen die reaktionäre Entwicklung in Staat und Gesellschaft setzen.

Wir wollen dem Vergessen von Connys und Alexanders Tod entgegenwirken und aller Menschen gedenken, die im Kampf gegen Faschismus ihr Leben verloren oder Opfer faschistischer und rassistischer Gewalt wurden.

Darüberhinaus wollen wir für alle die eintreten, die im Kampf gegen Faschismus und Staatsterrorismus der Verfolgung und Kriminalisierung durch den Staat ausgesetzt sind.

Wir wollen mit dieser Demonstration aufzeigen, daß wir uns trotz der Kriminalisierungsversuche seitens des Staates nicht davon abschrecken lassen, auch weiterhin gemeinsam gegen Faschismus und Polizeistaat zu kämpfen.

Der Demonstrationsverlauf

An der Spitze der Demonstration geht ein Schwarzer Block. Der Sinn des Schwarzen Blocks besteht darin, sich den Anti-Antifa Aktivitäten von Landeskriminalamt und Nazis nicht schutzlos auszuliefern.

Ziel ist ein friedlicher Demonstrationsverlauf. Der Schwarze Block wird sich passiv verhalten, solange sich die Polizei an unser Konzept hält. Wir fordern die Polizei auf, sich mit ihren Einsatzkräften zurückzuhalten und den Demonstrationsablauf nicht zu stören.

Ein Verbot im Vorfeld der Demonstration wird uns nicht von unserem Anliegen abbringen.

Um die Kommunikation innerhalb der Demonstration zu gewährleisten, werden – wie in der Vergangenheit auch – Megaphongruppen gebildet. Ihre Aufgabe ist es, den Überblick über die Demonstration zu behalten. Sie werden mit Funkgeräten ausgestattet und und nach außen hin erkennbar sein, um auch für die Presse ansprechbar zu sein.

Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit

Um eine große und ausdrucksvolle Demonstration auf die Beine zu stellen, ist es notwendig, so breit wie möglich zu mobilisieren. So wird auch die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation für die Demonstration mobilisieren und einen eigenständigen Block auf der Demo stellen.

Die Demonstration knüpft an die in Südniedersachsen seit Jahren praktizierte antifaschistische Bündnispolitik an. Ziel dieser Politik war und ist es, fortschrittliche Impulse in die Gesellschaft zu tragen, neofaschistische Tendenzen zurückzudrängen und antifaschistische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese Bündnispolitik hat u.a. bewirkt, daß sich in Südniedersachsen der Neofaschismus nicht ausbreiten konnte wie andernorts.

Veranstaltungen

Am Dienstag, 15. November 1994, findet im Kino Lumiére, Geismarlandstraße 19, Göttingen, 18 Uhr, eine Veranstaltung zu den Ereignissen um den 17. November 1989 statt.

Nichts ist vergessen und niemand!
Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!
Hoch die antifaschistische Solidarität!

AUTONOME ANTIFA (M)
organisiert in der



ANTIFA JUGENDFRONT GÖTTINGEN
organisiert in der **ANTIFASCHISTISCHEN JUGEND/BUNDESWEITER ZUSAMMENSCHLUSS**



...folgerichtig ist Antifaschismus kriminell! – eine Broschüre zur Anti-Antifa-Razzia in Göttingen.

Die Autonome Antifa (M) hat sich in ihrer Broschüre **„...folgerichtig ist Antifaschismus kriminell !“** (Oktober 1994) weitergehend zu der Anti-Antifa-Razzia der Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle vom 5. Juli 1994 gegen Mitglieder und angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129)“ und „Werbung für eine terroristische Vereinigung (§129a)“ geäußert.
In der Broschüre wird der Zusammenhang zwischen dem BRD-Staatsziel - mit dem Antifaschismus aufzuräumen - und der Praxis der GSA Celle analysiert.

Aus dem Inhalt der Broschüre:
- Terroristenhatz gegen Antifas
- Anti-Antifaschismus in deutscher Tradition
- Totalitarismusthese und Antikommunismus
- Testballon zur Kriminalisierung legaler Politik
- eine neue Repressionswelle ?
- Diskussion um politische Organisierung

„Weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft betreiben in irgendeiner Form Politik. Es ist unsere Aufgabe, Straftaten zu verfolgen“ wird tollkühn von Generalstaatsanwalt Manfred Endler (CDU) in der Celleschen Zeitung vom 9. September 1994 behauptet. Vor dem Hintergrund der §129/129a-Ermittlungen belegen diese Äußerung von Endler zweierlei: Antifaschismus ist in Deutschland kriminell und der politische Charakter der Ermittlungen gegen die Autonome Antifa (M) wird negiert, indem antifaschistische Arbeit als „organisiertes Verbrechen“ deklariert wird. Daß die GSA Celle dennoch Politik betreibt, entlarvt sich allein schon durch ihre Begründung für die Razzia: *„Antifaschismus“* sei *„nur ein griffiges Mittel zum Zweck, um mit anderen Gruppierungen und Politikern bis hin zu den Grünen, zur SPD und zu den Gewerkschaften bündnisfähig zu werden“* (Presseerklärung der GSA Celle, 5.7.1994).

Für die Ermittlungen zuständig ist Oberstaatsanwalt Thomas Pfleiderer *„mit Pf wie Pflicht“* (Pfleiderer über Pfleiderer). Für Pfleiderer ist es wieder einmal soweit: *„die jungen Leute, die die Tinte nicht halten können und eine Papierflut produzieren, in der alles und jedes erklärt wird“* (Pfleiderer über die Autonome Antifa (M), KONKRET 10/94) nötigen ihn mit ihrer „kriminellen Energie“. Schließlich muß er sich wieder einmal mit dem ihm Kopfzerbrechen bereitenden Thema Antifaschismus in Form der Broschüre abmühen.

OStA Pfleiderers Ressort war früher die Drogenkriminalität, bis er sich entschloß, als Staatsschützer aktiv zu werden. Es darf gemutmaßt werden, daß er mit dem Sprung auf den Zug der Anti-Antifa seiner Karriere Auftrieb verleihen wollte. Ob jedoch ein Mann, der bei der Sichtung der widerrechtlich beschlagnahmten Materialien des AStA der Göttinger Universität offenbaren mußte, daß er die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten) nicht kennt und die „Sozialistische Jugend - Die Falken“ für eine *„feministische Gruppe“* hält, mit der Beurteilung antifaschistischer Politik nicht hoffnungslos überfordert ist, sei dahingestellt.

Ungeachtet seines politischen Analphabetismus ist OStA Pfleiderer dennoch entschlossen, sich als Knecht der staatlichen Anti-Antifa zu verdingen, in guter deutscher Bürokraten-Manier den politischen Vorgaben zu folgen und zur Zerschlagung des antifaschistischen Widerstandes beizutragen. Dabei wird er von Kriminalhauptkommissar (KHK) Armin Krokowski, Chef der für die Ermittlungen gegen den antifaschistischen Widerstand in Südniedersachsen zuständigen SoKo 606 des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen, gütig an die Hand genommen: Ohne Krokowski wäre Pfleiderer doch arg hilflos bei der Beurteilung dessen gewesen, was er am besten von den bei der Razzia sichergestellten Materialien beschlagnahmen soll.

Knecht Pfleiderer *„ist ein Mann, der auch mal Zeit zum Plaudern hat“* (KONKRET 10/94) und ist dienstlich zu erreichen über:
Generalstaatsanwaltschaft Celle
Postfach 1267
29202 Celle
Tel.: 05141/206215

Die Autonome Antifa (M) würde es nicht wundern, wenn es tatsächlich zur Eröffnung eines Prozesses kommen sollte. Dies läge im Interesse der staatlichen Anti-Antifa, die seit Gründung der BRD das Ziel verfolgt, antifaschistischem Widerstand in der Öffentlichkeit durch Kriminalisierung die Legitimation zu entziehen. Die Autonome Antifa (M) hat sich bis jetzt nicht durch Illegalisierungsdrohungen in ihrer politischen Arbeit einschränken lassen und wird dies auch in Zukunft nicht tun.

Autonome Antifa (M),
13. Oktober 1994

Die 16-seitige Din-A5-Broschüre der Autonomen Antifa (M) kostet 2,- DM (zuzüglich 3,- für Porto und Verpackung) und kann über die Postadresse bestellt werden.

Autonome Antifa (M) ★ c/o Buchladen ★ Rote Straße 10 ★ 37073 Göttingen



ERMITTLUNGSVERFAHREN

GEGEN TINE UND CARSTEN

AUS KAISERSLAUTERN WEGEN §129A

(UNTERSTÜTZUNG EINER TERRORISTISCHEN VEREINIGUNG)

Vor gut zwei Monaten (während des befristeten Hungerstreiks) wurde die gemeinsame Wohnung von Tine und Carsten unter dem Vorwand "Verdacht einer Sachbeschädigung" von Staatsschutzbullen durchsucht. Daß wir dazu noch nichts öffentlich gemacht haben, lag daran, daß wir warten wollten, bis wir (über Rechtsanwalt) Einsicht in die Ermittlungsakten haben. Diese Akten sind noch immer nicht bei dem Rechtsanwalt gelandet, dafür ist jetzt eine staatsanwaltschaftliche Vorladung bei den beiden ins Haus geflattert, in der es unter anderem heißt: "In einem Ermittlungsverfahren hat sich gegen Sie der Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ergeben." Jetzt ist die Katze aus dem Sack und unsere Befürchtungen, daß es den Bullen bei der Durchsuchung nicht um das Auffinden von verschmutzter Kleidung und Sprühdosen ging, haben sich bestätigt.

Am 3.8.94 wurde ein Fahrzeug sowie die Wohnung von Tine und Carsten von Beamten des Staatsschutzes/Kripo KL durchsucht. Die ganze Aktion verlief sehr spektakulär. Angefangen damit, daß ein Ziviauto, das den beiden zuvor nicht gefolgt war, hinter den beiden anhielt, als sie gerade vor einer Kneipe parkten, wo sie sich mit FreundInnen treffen wollten. Die zwei Staatsschützer sprachen die beiden direkt namentlich an und hielten ihnen ihre grünen Kärtchen sowie den Durchsuchungsbeschluß für das Auto und die Wohnung der beiden vor die Nase. Zwei Streifenwagen kamen mit Vollgas, Blaulicht und Tatütata dazu, sodaß jede/r in der Kneipe und der Straße die Aktion mitbekommen mußte. Auf die Frage, um was es denn überhaupt ginge, wurde nur auf den Durchsuchungsbeschluß verwiesen (wegen Verdacht der Sachbeschädigung/DRK-Gebäude KL). Gesucht wurde (offiziell) nach Sprühdosen und verschmutzter Kleidung. Auch die Durchsuchung der Wohnung war eher dazu geeignet, öffentliches Aufsehen zu erregen, als sonst etwas. In der Wohnung schienen die Bullen eher an Plakaten an den Wänden, Aufklebern und dem Bücherregal interessiert zu sein als an dem vorgegebenen Grund der Durchsuchung. Auf jeden Fall waren sie nicht ernsthaft bemüht, irgendetwas zu suchen, sondern guckten sich "nur" die Wohnung genauer an.

Sie weigerten sich, den Widerspruch gegen die gesamte Aktion und die Beschlagnahmung eines Plastikdeckels, den sie im Auto "sicherstellten", zu protokollieren sowie den leerstehenden Platz auf dem Bullenprotokoll durchzustreichen.

Einige Tage später wurde den beiden eine polizeiliche Vorladung zugeschickt, mit dem Grund Erkennungsdienstliche Behandlung und Verhör, zu dem die beiden allerdings nicht gingen.

In den Wochen nach der Durchsuchung kursierten die wildesten Gerüchte in der Stadt. Da wurden z.B. Leute am PDS-Infostand auf ein "sich neu konstituierendes RAF-Umfeld" angesprochen. Angeblich hätte ein Journalist von einem Rechtsanwalt davon erfahren und wollte sich jetzt mit diesen Leuten in Verbindung setzen. Ein andernmal war zu hören, daß Leute aus dem "RAF-Umfeld" ein Haus in KL angemietet hätten.

Wir gehen davon aus, daß bei der Streuung solcher Gerüchte der Staatsschutz nicht ganz unbeteiligt ist. Der Begriff "RAF-Umfeld" ist seit jeher ein Staatsschutz-Konstrukt, das darauf abzielt, Menschen, die sich solidarisch zu gefangenen GenossInnen verhalten und sich für deren Zusammenlegung bzw. Freilassung einsetzen, einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Konstrukte wie dieses setzen auf Entsolidarisierung innerhalb der Linken und sollen verhindern, daß sich Menschen offen, kritisch und solidarisch mit der Geschichte der revolutionären Linken auseinandersetzen können. Da diese Geschichte auch den (bewaffneten) Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Kapitalismus beinhaltet, wird von der Seite des Staats(schutzes) alles dafür getan, offene Diskussionen darüber zu verhindern.

Um sich vor repressiven Angriffen [illegible] zu schützen, wird in linken Zusammenhängen oft mit [illegible] jongliert, was nicht selten mit dem Nichtformulieren bzw. mit der [illegible]nahme eigener Positionen verbunden ist und somit (oft) auch eine (Neu)Bestimmung revolutionärer Politik behindert oder gar verhindert.

Daß wir schon länger im Blickfeld des Verfassungsschutzes stehen, beweist sich auch in einem Dossier des VS Rheinland-Pfalz über "Autonome in Rh-Pf"). Darin wurden die in KL erscheinende Zeitung "K-Butt" und K.O.K.Roaches (Kultur ohne Kommerz; nach VS-Bericht "autonome K.O.K.Roaches Gruppe") benannt.

Auch diese erneuten Aktionen des Staatsschutzes, die Durchsuchung, das Konstrukt "RAF-Umfeld" und das Ermittlungverfahren wegen des Verdachts auf Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegen Tine und Carsten zeigen, daß es ihnen in erster Linie um einen Angriff auf unsere politische Arbeit, die wir nicht losgelöst von der Geschichte der revolutionären Linken und der Situation der politischen Gefangenen bestimmen können (und wollen), geht.

Aber wir lassen uns nicht so leicht einschüchtern und werden auch weiterhin alles dafür tun, daß hier in dieser Stadt offene Diskussionen mit interessierten Menschen stattfinden und möglich sind und versuchen nach wie vor, politische Zusammenhänge transparent zu machen, um gemeinsam mit anderen politische und praktische Perspektiven zu entwickeln.

Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Tine und Carsten !
Keine Aussagen bei Bullen und Justiz !

> Wir müssen davon ausgehen, daß der Staatsschutz im Zusammenhang mit diesem Ermittlungsverfahren, aber auch darüber hinaus versuchen wird, Menschen aus unseren oder um unsere Zusammenhänge/n anzuquatschen, um sie als ZeugInnen bzw. SchnüfflerInnen gegen uns zu gewinnen.
> Wehrt euch gegen solche Anquatschversuche, auch wenn sie euch unter Druck setzen (d.h. bei Eltern, Arbeitsstelle, Schule usw. auftauchen oder euch mehrfach besuchen). Der Staatsschutz besitzt keine rechtliche Handhabe, um euch zu eine Gespräch mit ihnen zu zwingen !! Verweigert jede Aussage!
> Der beste Schutz gegen solche Schnüffeleien ist es, diese öffentlich zu machen. Meldet euch bei uns (K.O.K.Roaches, Gasstraße 41, 67655 KL), falls ihr angeschwatzt worden seid /werdet.

Wenn ihr euren Protest gegen das Ermittlungsverfahren zum Ausdruck bringen wollt, schreibt/faxt Protestbriefe/Resolutionen an die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern

Lauterstr.2 — Postfach 3560
67657 KL — 67623 KL

Fax: 0631/3721-256

ACHTUNG, WICHTIG! - BETRIFFT: 3. OKTOBER IN BREMEN

Der Ermittlungsausschuß Bremen braucht weiterhin Informationen von Euch zwecks Koordinierung der jetzt anstehenden juristischen Maßnahmen. Wir suchen insbesondere noch

- **Gedächtnisprotokolle (wenn Ihr Festnahmen, Polizeiübergriffe u.ä. beobachtet habt oder selbst betroffen gewesen seid. Besonders interessieren uns Berichte aus der Polizeihaft; z.B. aus der JVA Bremen-Oslebshausen, aus den Polizeigaragen in HB-Hastedt und Huckelriede. Wir brauchen ALLE Informationen über Polizeiübergriffe während Eurer Haft!**
- **Leute, die sich überlegen, gegen die Polizei juristisch vorzugehen, sollen sich auf jeden Fall bei uns melden!**
- **Dasselbe gilt für den Fall, wenn Ihr Post von der Polizei erhaltet: Meldet Euch!**

Die einzig gültige Kontaktadresse (die taz-anzeige ist nicht mehr relevant) für den EA Bremen lautet:
ERMITTLUNGSAUSSCHUß BREMEN c/o St. Pauli Str. 10/12, 28203 Bremen
Außerdem brauchen wir Geld:
Kontonr. 1614874 bei der Sparkasse Bremen, BLZ 29050101, Kennwort EA

AUS DER:

göttinger Drucksache

wöchentliches Stadtinfo erscheint freitags

Nr. 161 ★ 23.9.1994

Endlich Ruhe in Haiti

Clinton billigt Straffreiheit für Putschisten

(Üny) Am Montag setzten die ersten US-Marines ihre Füsse auf haitianische Erde. Das zähe Tauziehen um die Frage, ob nun - oder besser keine Invasion, hatte endlich ein Ende. Es wurde eine halbe Invasion daraus. *Keine Diskussionen mit den Machthabern*, hatte noch Ende letzter Woche US-Präsident Bill Clinton versprochen. *Entweder sie gehen, oder wir schmeissen sie raus!* Heraus kam dann doch ein lauer Kompromiss: Ex-Präsident Jimmie Carter war kurz nach Clintons *Jetzt oder nie*-Rede mit einem Sonderauftrag ausgestattet worden und hatte die Putschistenregierung umgestimmt. Eine der Versprechungen, die er der Regierung Cédras im Zuge der geforderten »bedingungslosen Aufgabe« machte, war die Zusicherung, dass das haitianische Parlament ein Gesetz beschliessen darf, das den Putschisten und ihren AnhängerInnen Straffreiheit gewährt für die von ihnen begangenen Verbrechen während der Zeit der Militärherrschaft. Einzig der Polizeichef von Port-au-Prince, Michel François, weigerte sich, seine Unterschrift unter die Rücktrittserklärung zu setzen. François hat denn auch am meisten zu verlieren, gilt er doch als Organisator der Attachés, den haitianischen Todesschwadronen, und dürfte damit einer der meistgehassten Menschen Haitis sein.

Die haitianische Opposition ist in der Frage »Intervention: ja oder nein?« gespalten. Der aus dem Amt gejagte Präsident Jean-Bertrand Aristide und mit ihm ein Teil der Basisorganisationen setzten darauf, dass nur bei einer Militärintervention die Voraussetzungen gegeben sind für eine Rückkehr zur Demokratie. Nur so könnten die Strukturen, die bisher die Herrschaft der Reichen abgesichert haben, zerstört werden. Ein Grossteil der Volkorganisationen hält davon nichts. Bereits am 24. Juli erklärten mehrere Menschenrechtsgruppen und die Konferenz der Ordensmitglieder: *Keine Intervention geschieht zugunsten eines kämpfenden Volkes. Die amerikanisches Pläne zielen auf eine Verfestigung der amerikanischen Herrschaft.*

Die Lösung vom vergangenen Wochenende ist dabei sicherlich die schlechtest mögliche. Eine Invasion hätte zumindest die Zerschlagung des bisherigen Militärapparates zur Folge gehabt. Die Regierung Aristide hätte nach ihrer Rückkehr die Möglichkeit gehabt, eine neue Polizei aufzubauen und die Leitungsposten in der Armee neu zu besetzen oder diese Institution, die immer nur zur Unterdrückung der Bevölkerung gedient hat, ganz abzuschaffen. Die Interessen der Vereinigten Staaten sind jedoch deutlich: ein »undemokratisches« Haiti, im »Hinterhof der USA« gelegen, ist ein Schmutzfleck auf der weissen amerikanischen Weste. Es erfüllte seine ihm im Weltwirtschaftssystem zugedachte Position als Rohstofflieferant und Importeur von Fertigwaren nur schlecht. Anders als in den meisten lateinamerikanischen Ländern versuchte die haitianische Elite nicht, über Plantagenwirtschaft oder Rohstoffraubbau zu Reichtum zu gelangen, sondern durch ein mittelalterliches Feudalsystem Abgaben von den Untertanen zu erpressen. Mit der unblutigen Invasion schlägt Clinton zwei →

✱ Endlich Ruhe in ...

Fliegen mit einer Klappe: Zum einen verlieren die alten Eliten nicht ganz ihren Einfluss, wie es im Falle einer militärischen Niederlage gegen die Invasionstruppen gewesen wäre, und bleiben ein ständiges Damoklesschwert über der ungeliebten Regierung Aristide. Das zeigt auch deutlich der Zwischenfall von Dienstag, bei dem trotz der Anwesenheit der US-Truppen die Polizei in eine Demonstration von Aristide-Anhängern schoss. Ein Mann blieb tot auf der Strasse liegen. Die Regierung wird in dieser Bedrohungssituation keine Gelder für notwendige Massnahmen wie Errichtung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen ausgeben können, weil immer der nächste Putsch droht, wenn sie nicht die Interessen der Elite befriedigt. Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 20.9. wurde Aristide in den USA das Versprechen abgenommen, dass er bei den Wahlen 1996 nicht mehr kandidieren würde, auch dies ein Indiz, dass das eigentliche Interesse der USA nicht die Demokratisierung Haitis ist. Zum anderen wird die bisherige unfähige Elite langfristig durch eine aufstrebende technokratische Gruppe ersetzt werden, – der bei den Wahlen 1990 von den USA unterstützte Marc Bazin steht für solch eine Politik. Diese sorgt zumindest für soviel Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung, dass Haiti wieder zu einem lukrativen Ausbeutungsobjekt wird. Die lästigen Menschenrechtsverletzungen werden wieder auf das alltägliche Elend beschränkt. Und über das kleine Land mitten in der traumhaften Karibik wird wieder das Schweigen kommen.

Im Hintergrund: Haiti

Geschichte eines Eiertanzes

(Üny) Am 16. Dezember 1990 erlebt Haiti die ersten Wahlen in seiner mittlerweile 190-jährigen Geschichte als Republik. Aus diesen Wahlen, geht Jean-Bertrand Aristide, ein katholischer Ordenspriester und Anhänger der Befreiungstheologie, als haushoher Sieger hervor. Er war angetreten gegen den von den USA unterstützten Kandidaten Marc Bazin. Die neue Regierung versucht im Dialog mit den Menschen in den Dörfern und Elendsvierteln Strategien zu entwickeln das Elend zu bekämpfen. Am 28.September 1991 erhöht die Regierung Aristide den Mindestlohn von 4 auf 5 US$ pro Tag. Soviel Demokratie geht den bisher Herrschenden dann doch zu weit. Am 30. September 1991 putscht das Militär gegen die Regierung Aristide, der Präsident muss das Land verlassen. Gleich vier Tage nach dem Putsch stellt sich George Bush, der damalige Präsident der USA, gemeinsam mit Jean-Bertrand Aristide vor die Fernsehkamaras und erklärt: *Wir wollen Präsident Aristide wieder an der Macht sehen.*

Zwei Monate nach dem Putsch kann sich die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu einem Handelsembargo gegen Haiti durchringen. Das Embargo unterlaufen zu diesem Zeitpunkt noch z.B. die Staaten der EU. Auf die beginnende Flüchtlingswelle in die USA, zeitweise 1000 Menschen am Tag, reagiert die US-Regierung mit Gewalt: die Flüchtlinge werden zurück nach Haiti gebracht. Auch die UNO beschliesst ein Handelsembargo gegen Haiti. Im Januar 1993 lässt die Militärführung ein neues Parlament mit einer ihr genehmen Mehrheit wählen. Bei den folgenden Verhandlungen mit der neuen Regierung seines Ex-Gegners Bazin muss Aristide unter starkem politischen Druck akzeptieren, dass diese Parlamentsmehrheiten auch nach seiner Rückkehr bestehen bleiben werden. Seine politischen Spielräume werden damit stark eingeschränkt. Die schwieriger werdenden wirtschaftlichen Bedingungen zwingen schliesslich auch die Putschisten an den Verhandlungstisch. Diese Verhandlungen führen schliesslich zum Abkommen von Govenors Island, das am 2. Juli 1993 unterzeichnet wird. In dem Abkommen wird ein Sechs-Monatsplan festgelegt für die Rückkehr zur Demokratie. Festgelegt ist darin unter anderem die Straffreiheit für die politischen Verbrechen während der Zeit der Militärdiktatur. Bazin wird als Premierminister von dem Aristide-Anhänger Robert Malval abgelöst. Einen Monat vor dem vorgesehenen Termin für die Rückkehr von Aristide nach Haiti, dem 30. Oktober, zeichnet es sich ab, dass der Militärführer Raoul Cédras nicht bereit ist zurückzutreten. Ein einzelnes Kriegsschiff der USA, das in den Hafen von Port-au-Prince einläuft, wird von einer Gruppe von Attachés (meist jugendliche Mitglieder der Todesschwadronen) mit Steinwürfen vertrieben. Der 30. Oktober kommt und geht, nichts ändert sich. Am 14. Dezember droht die »Gruppe der vier Freunde« (Die USA, Kanada, Venezuela und Frankreich) ein verschärftes Handelsembargo an. Am 15. Dezember tritt Premierminister Malval zurück. Am 15. Februar 1994 unterbreiten eine Gruppe von US-Parlamentariern einen neuen Plan, der im wesentlichen die Regelungen des Abkommens von Govenors Island wiederholt, jedoch keine festen Termine mehr vorsieht. Mit den wieder anschwellenden Flüchtlingsbewegungen in Richtung USA sieht die US-Regierung jedoch langsam Handlungsbedarf. Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedet eine Resolution, die UNO-Mitgliedsstaaten ermächtigt, militärische Massnahmen für die Wiedereinsetzung des Präsidenten Aristide durchzuführen. Erneut wird von den USA ein Ultimatum gestellt, dass die bedingungslose Aufgabe der Putschisten fordert. In seiner Rede vom Wochenende bestätigt Clinton diese Forderung noch einmal. Schliesslich macht die Verhandlungsdelegation unter Jimmi Carter doch weitgehende Zugeständnisse an die haitianische Militärführung. Die Putschisten können noch bis zum 15. Oktober im Amt bleiben, ihnen wird Straffreiheit zugesichert, jetzt sogar für die kriminellen Verbrechen, wie Vergewaltigungen, Folter und Plünderungen, und nach dem 15. Oktober müssen sie das Land nicht verlassen. Der Protest von Präsident Aristide gegen dieses erneute Nachgeben hat keine Auswirkung.

Mittelamerikakomitee

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.

ANTIRASSISTISCHES TELEFON

785 72 81

ZAG REDAKTION



Die Antirassistische Initiative

- anerkannt als gemeinnütziger Verein - ist seit fünf Jahren im Bereich antirassistischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit aktiv. Mit dem Antirassistischen Telefon verfügen wir seit Januar 1989 über die erste unabhängige Melde- und Anlaufstelle für Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierungen in der Bundesrepublik.

ZAG:

Das Zeitungsprojekt Antirassistischer Gruppen - dessen Herausgabe wir in Zusammenarbeit mit dem Antirassistischen Telefon in Ost-Berlin betreiben - dient seit 1991 zum einen als Dokumentationsmöglichkeit für die bei den Meldestellen eingegangenen Informationen und zum anderen als Diskussionsforum für Handlungsperspektiven und politische Forderungen der antirassistischen Bewegung bei uns und in anderen Ländern.

Die Liste derer, die in unserer Gesellschaft ausgegrenzt und diskriminiert werden, ist lang.

Wir wollen mit unseren Aktivitäten den Blick nicht nur auf die zunehmenden gewalttätigen Übergriffe auf Flüchtlinge und Immigrantinnen lenken sondern vielmehr Rassismus und Diskriminierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen sichtbar machen und bekämpfen, z.B. in Kindergärten, Schulen und anderen Ausbildungsstätten, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, bei der Ausländerbehörde, auf dem Sozialamt, durch die Polizei und die Justizbehörden ...

Um die Gleichstellung aller hier lebenden Menschen zu verwirklichen, richtet sich unser politischer Kampf deswegen auch gegen gesetzlich festgeschriebene Ausgrenzungen und Benachteiligungen, die den Zugang zu materiellen Ressourcen und demokratischen Partizipationsmöglichkeiten auf - nach völkischen Kriterien definierte - Deutsche beschränken. Mit Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung alleine wird es nicht gelingen, den Rassismus in unserer Gesellschaft von heute auf morgen abzuschaffen. Sie sind jedoch eine unvermeidbare Voraussetzung dafür, Menschenrechte zu verteidigen und sich gegen Rassismus und Diskriminierungen effektiver zur Wehr setzen zu können.



Aufgaben und Ziele

Wir sammeln Informationen über rassistische Diskriminierungen, Bedrohungen und Übergriffe, über Aktivitäten rassistisch orientierter Personenkreise, Organisationen und Parteien.

Wir dokumentieren die beim Antirassistischen Telefon eingehenden Meldungen und bemühen uns um die (auf Wunsch anonyme) Veröffentlichung in Zeitungen und anderen Medien. Da wir uns vor allem als eine politische Initiative verstehen und keine profesionelle psycho-soziale Beratung bieten können, hat die Öffentlichkeitsarbeit - möglichst gemeinsam mit den Anruferinnen - einen besonderen Stellenwert.

Ziele und Aufgaben der Initiative, des Telefons und der ZAG sind es:

- Menschen, die konkret von faschistischer und rassistisch motivierter Gewalt, von Diskriminierungen oder staatlichen Maßnahmen betroffen sind, solidarisch bei ihrer Gegenwehr zu unterstützen.
- Zu einer starken Gegenöffentlichkeit beizutragen, das Wegsehen und Schweigen gegenüber dem alltäglichen Rassismus und faschistischer Gewalt zu durchbrechen.
- Kampagnen zur rechtlichen Gleichstellung, antirassistische und antifaschistische Aktionen und Veranstaltungen durchzuführen und zu unterstützen.

Angebote

Wir vermitteln auf Wunsch RechtsanwältInnen und Beratungsstellen für die von Rassismus Betroffenen und informieren über Handlungsmöglichkeiten zusammen mit anderen Einrichtungen, Initiativen und politischen Gruppen. Unsere Arbeitsgruppe Polizei und Rassismus unterstützt all diejenigen Menschen, die unrechtmäßig verhaftet und von Polizeibeamtinnen rassistisch beleidigt und mißhandelt wurden. Wir informieren über Treffen, Seminare, Aktionen und sonstige Veranstaltungen zum Thema und führen diese auch selber durch. Wir stellen Referentinnen für Veranstaltungen, z.B. an Schulen, zur Verfügung und bemühen uns, Materialen zur antirassistischen Bildungsarbeit zusammenzustellen.

Unsere Zeitschrift ZAG erscheint vierteljährig und kann über die oben angegebene Anschrift (Jahresabo für 4 Ausgaben 16,- DM, inclusive Porto) bezogen werden. (Schwerpunkte der vergangenen Ausgaben: Nr. 6/Gleiche Rechte für Alle, Nr. 7/Rassismus und Medien, Nr. 8/Ausweisungen und Abschiebungen, Nr. 9/Bleiberecht für Vertragsarbeiterinnen).

Die Antirassistische Initiative ist stets offen für aufgeschlossene und engagierte Mitstreiterinnen zur Verwirklichung „liegengebliebener" und zur Entwicklung neuer Ideen.

Das Antirassistische Telefon ist unter der Telefonnummer 030-7857281

am Montag von 17.oo - 21.oo Uhr
Dienstag von 16.oo - 19.oo Uhr
Freitag von 14.30 - 17.30 Uhr

zu erreichen. Darüberhinaus ist das Büro von Montag bis Freitag unregelmäßig besetzt. Außerdem gibt es die Möglichkeit, Nachrichten auf den Anrufbeantworter zu sprechen, der täglich abgehört wird.

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE

Yorckstr. 59
10965 Berlin
Tel.: 785 72 81
Fax: 786 99 84

spendet!

Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto-Nr. 303 96 00

Die Antirassistische Initiative ist ein gemeinnütziger Verein (Finanzamt für Körperschaftssteuer, Steuernummer 600/4261) und beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nummer 10151 Nz in das Vereinsregister eingetragen. Spenden sind von der Steuer absetzbar



Donnerstag 20.10.94 21.00 Uhr FrauenLesbenAbend im **CLASH: "Doppelkopfspieleabend".**

Samstag, 22.10.94 19.00 Uhr Ungarischer Abend: **Livekonzert - Videos - Infos!** Mit der ungarischen Rockgruppe **"SZABAD IDÖK"** ausTiszafüred

Sonntag, 23.10.94 21.00 Uhr **"Die Affäre Aldo Moro"** - aus den guten alten Tagen des bewaffneten antiimperialistischen Widerstandes. Italien 1982

WHAKAKOTAHI!

- Maori-Theaterprojekt aus Neuseeland -

DONNERSTAG, 20.10.94

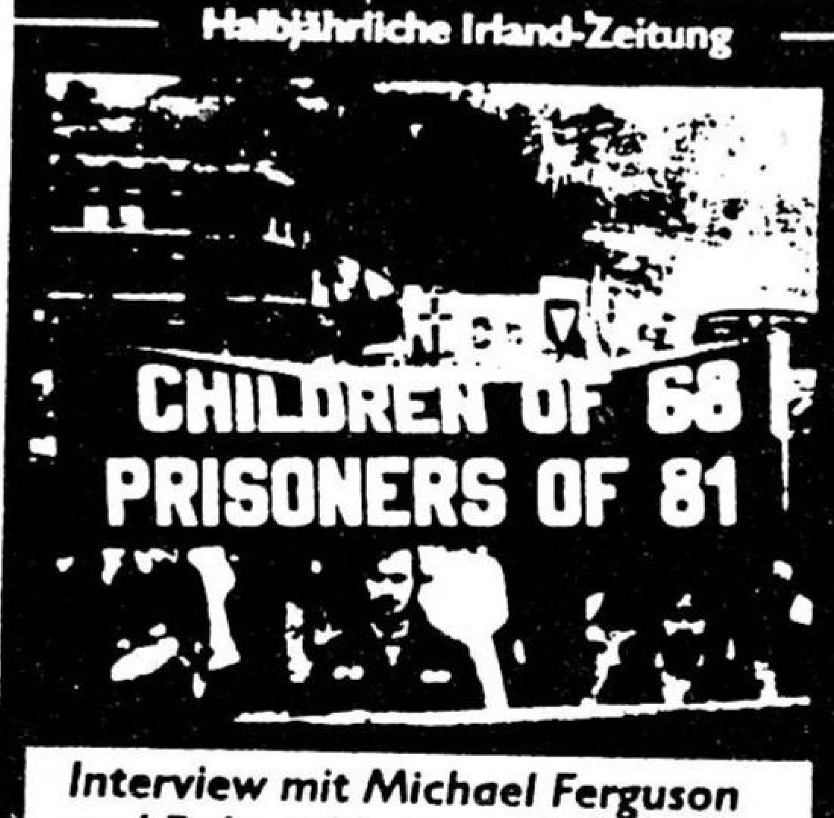
EX, Gneisenaustr. 2a

Solivorstellung
zur Unterstützung der gefangenen Antifas

20:00 Uhr



NEUERSCHEINUNG



Als Kinder erleben Michael Ferguson und Robert McClenaghan den Einmarsch britischer Truppen im August 1969 auf den Straßen von Belfast
Keine 10 Jahre später sind beide in Long Kesh inhaftiert, beteiligen sich dort an den verschiedenen Protesten der Gefangenen gegen die Kriminalisierung und die brutalen Haftbedingungen und erleben den Tod zehn ihrer Genossen und Freunde im Hungerstreik 1981
Heute sind beide in der republikanischen Bewegung aktiv Michael Ferguson ist seit 1989 Gemeinderatsabgeordneter von Sinn Fein Robert McClenaghan arbeitet seit seiner Freilassung in der Abteilung für Kriegsgefangene von Sinn Fein

"Children of '68 - Prisoners of '81" -
"Kinder von '68 - Gefangene von '81"

Daß dieser Slogan auf Transparenten zu lesen ist macht deutlich daß es sich nicht nur um ihre sondern auch um die Geschichte einer ganzen Generation handelt

Wie erlebten sie die BürgerInnenrechtsbewegung und den Einmarsch britischer Truppen Ende der 60er Jahre ?
Was brachte sie dazu sich dem Widerstand gegen die britische Besatzung anzuschließen ?
Ist der Konflikt im Norden Irlands als Religionskrieg anti-imperialistischer Kampf oder als Klassenkampf zu verstehen ?
Wie kam es zu den Protesten der Gefangenen im Knast Long Kesh zu den Hungerstreiks von 1980 und 1981 ?
Wie organisierten sich die Gefangenen warum wurde die hierarchische Struktur zugunsten kollektiver Strukturen aufgegeben ?
Was stellen sich beide unter Sozialismus vor ?

Um diese und eine Reihe weiterer Fragen geht es im vorliegenden Interview daß hier erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht wird

"Ich denke, wenn wir zuerst die Theorie gehabt hätten, wären wir zu erschrocken gewesen, um zur Praxis zu kommen.

ERSTVERKAUF:

IRLAND-VERANSTALTUNG

20.10.'94, 18:30 Uhr

Information und Diskussion zum Friedensprozeß und zur aktuellen Situation seit dem Waffenstillstand der IRA

mit:
* Cathal Crumley, Sinn Fein Stadtrat, Derry
* Joan O'Conner, Sinn Féin Frauen Ressort, Dublin

weitere Themen:
- Frauenbewegung in Irland
- Zusammenarbeit zwischen loyalistischen Todesschwadronen und britischen Militär und Geheimdiensten

Donnerstag
20.10.'94, 18:30 Uhr

TU-Mathe-Gebäude,
Raum Ma 001,
Str. d 17.Juni,
U-Ernst Reuter Pl.



... danach in allen gutsortierten Buch- und Infoladen

3. Anarchistisches Bildungsprogramm Berlin

Seminare und Einzelveranstaltungen
Oktober /November 94

Zum dritten Mal findet nunmehr das Anarchistische Bildungsprogramm Berlin statt. Veranstaltet wird es von vielen Menschen aus dem unabhängigen anarchistischen Spektrum Berlins, sowie den Projekten El Locco, Umweltbibliothek und Colpo.

1.Abend

Erich Mühsam Münchner Boheme und die Gruppe Tat

Lesung aus den Tagebüchern (1910-1916) und Gespräch

Seminar- und Einzelveranstaltung
Referent: Chris Hirte
Ort: Umweltbibliothek
Donnerstag, den 20.10.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

1.Seminarabend

Ökonomie auf Gegenseitigkeit

Die aktuellen Beispiele der antiautoritären Bewegungen zeigen auf, daß eine Ökonomie, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt möglich ist.
Anhand von Projektbeispielen aus den letzten 20 Jahren soll dies aufgezeigt werden. (Berlin - BesetzerRäte 1979-83; der bolo-bolo-Gedanke; Züricher Beispiel aus dem Jahre 1985 und das aktuelle Beispiel "Kraftwerk"

Referent: Lorenz Hettich
Ort: EL Locco-Vortragsraum.
Donnerstag, den 27.10.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Was ist Anarchismus

Referat, Videos Gespräch

Eine kurze Einführung in die Theorien und Praxis des Anarchismus
Klassische Strömungen
Die Weiterentwicklung des Anarchismus nach 1945 und speziell in Westberlin
Gegenwartsanarchismus in Berlin

Einzelveranstaltung
Referent: Lorenz Hettich
Ort: Umweltbibliothek
Freitag, den 21.10.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

und nächste Woche geht es weiter

Als türkischer Libertärer in Berlin

Seit über 10 Jahre lebt der türkische Genosse in Westberlin. Als Sozialarbeiter tätigt hat er vor allem mit Kids und Jugendlichen zu tun. Gerade hier zeigt sich wie stark das "deutsche" zur selbstverständlichen, alltäglichen Ausgrenzung in Schule, Jugendheime und auf der Strasse führt.
Kleine Geschichten aus dem alltäglichen deutschen Alltag.

1.Seminarabend/Einzelveranstaltung
Referent: Hamza
Ort: EL Locco -SeminarRaum
Donnerstag, den 27.10.94
Uhrzeit: 20.30

Anarchistische Kritik an der Freiwirtschaft und ihre dezentralen Alternativen

In letzter Zeit wird viel über S. Gesells Freiwirtschaftsideen gestritten. Vergessen wird dabei, daß es innerhalb und außerhalb des Anarchismus weitere libertäre ökonomische Ideen gibt, die auch jenseits traditioneller anarcho-kommunistischer Planwirtschaft angesiedelt sind, aber viel eher dem dezentralen Anspruch des Anarchismus gerecht werden.

Einzelveranstaltung
Referent: Uwe Bredrecht
Ort: Umweltbibliothek
Sonntag, den 23.10.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

2.Abend

Erich Mühsam Münchner Räterepublik und Festungshaft

Lesung aus den Tagebüchern (1919-1924) und Gespräch

Seminar- und Einzelveranstaltung
Referent: Chris Hirte
Ort: Umweltbibliothek
Donnerstag, den 27.10.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Erinnerung des Windes

Guatemalawochen zum 50. Jahrestag der "Oktoberrevolution"

16.10. - 11. 11. 1994

Musik **Film**

Informationen **Kultur**



"500 Jahre haben wir unser Gesicht verborgen, um zu widerstehen. Wir haben geschwiegen, um unsere Erinnerung zu bewahren. Aber jetzt ist die Zeit gekommen, um zu sprechen. Und der Wind möge unsere Worte aufnehmen, denn der Wind vergeht nicht - er zieht vorbei, aber er kehrt immer wieder zurück."

So wie sich die Herrschenden in der Geschichte Guatemalas seit 1492 immer wieder durch Landraub, Auspressung der LandarbeiterInnen und Massaker ihren Reichtum und ihre Macht zu sichern versuchten, genauso gab es immer wieder Aufstände, Volks- und Widerstandsbewegungen, um diese Bereicherungsdiktatur endlich zu brechen.
Mit unserer Veranstaltungsreihe wollen wir zum einen an die demokratische Revolution des 20. Oktober 1944 erinnern, deren Reformprogramm schon 1954 durch eine von den USA gesteuerte Söldnerinvasion wieder zerstört wurde, zum anderen die heutige Situation darstellen, in der die grundlegenden Konflikte nach wie vor ungelöst sind. Nicht zuletzt sollen diese Tage ein Auf-ruf zur Solidarität mit denen sein, die mit der Unermüdlichkeit des Windes für ihre Rechte kämpfen.

Veranstalter: Guatemala-Solidarität Berlin e.V.
Terre des hommes AG Berlin

Do 20.10. Podiumsdiskussion

19.30 Uhr

Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

"Zehn Jahre Frühling im Land des ewigen Terrors" - Rückblick auf die demokratische Revolution von 1944, ihre Leistungen (Agrarreform, Gesetzgebung) und Schwächen. Diskussion ihrer Bedeutung in der heutigen politischen Auseinandersetzung.
Gäste u.a.: Dr. Angela Delli Sante,
Dipl. Pol. Susanne Schultz

Di. 25.10. [illegible]

19.30 Uhr

Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

Vorgestellt wird die Arbeit der "Internationalen Friedensbrigaden" (PBI), die seit über zehn Jahren für den Schutz von MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen und StudentInnen arbeiten.
Referentin: Heike Kammer (PBI)

Do. 27.10. [illegible]

19.30 Uhr

Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

Dokumentarfilm von Felix Zurita (mit deutschem Text), der zeigt, wie nach einem Massaker 1990 die indianische Gemeinde Santiago Atitlán den Abzug der lokalen Militärgarnison durchsetzte.

Di. 1.11. [illegible]

19.30 Uhr

Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

Diavortrag über die Lebensbedingungen der Straßenkinder in Guatemala-Stadt und über ein Ausbildungsprojekt.
Referenten: Erika Kammer, Sven Kuballa

In Wahrheit kenne ich Dein Lachen nicht

Mein dunkelhäutiges Land,
von Dir
kenne ich nicht
das einfachste Lächeln.

Es ist sehr traurig,
aber in Wahrheit
weiß ich nicht,
wie Du lächelst,
noch wie Dein wahres
Angesicht ist,
denn von Dir
weicht niemals
das Weinen.

Wahr ist,
daß ich Dein Lachen nicht kenne.

Und ich werde älter,
meine Haut, meine Seele,
jeden Tag, der geht,
ohne daß Deine Augen
es wußten,
die nur
unermeßliche Tränen
für mich hatten.

Und darüber hinaus
ist es sehr schrecklich,
ein Land zu haben,
das nicht lächeln kann
weil es den finsteren Hieb
des verdammten Schattens
fürchtet.

II.

Als Sohn
geht man dann durch die Welt
ans Schweigen so sehr gewöhnt,
daß alle sich fragen,
ob man wirklich
unermeßlich gelitten hat,
um so allein geblieben zu sein
und um so viel Einsamkeit
gelernt zu haben
in so kurzem Dasein.

Und wenn man es wagt,
zu lächeln
um ein wenig
seine Asche zu verdecken,
ist die Traurigkeit größer
und das Gesicht noch
schwermütiger.

III.

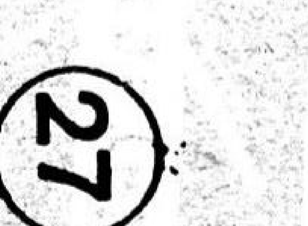
"Warum
sind die Guatemalteken
so traurig?",
fragen mich in Berlin
die Leute oft.
Ich wende nur
mein Gesicht ab, nach draußen.
Und ein Getöse aus Gefängnissen
und Schlägen
dringt schneidend aus mir
wie ein verwundetes
wildes Tier.
Und alle verstehen dann
meine Antwort,
ohne daß mein Gesicht
aufgehört hätte,
traurig zu sein,
trotz so großen
Mutes
und solcher Erfahrung
gestülpt über die Lippen.
Hoffentlich
müssen meine Enkel
nicht so sehr leiden an Dir
wie ich!

Do. 3.11. Kampf d.indigenen Völker

19.30 Uhr

Gemeindesaal Hl.-Kreuz
Nostitzstr. 6/7
U-Bhf. Gneisenaustr.

Die guatemaltekische Gesellschaft ist zutiefst rassistisch. Bis heute werden die Maya-Völker (die ca. 60% der Gesamtbevölkerung ausmachen) in ihren Rechten nicht respektiert. Im Rahmen der laufenden Friedensverhandlungen soll das Thema Verhandlungsgegenstand sein. Die indígena-Organisationen haben ihre Forderungen dazu formuliert. Über die aktuellen Inhalte und Formen ihres Kampfes berichten:
Daniel Matul (Liga Maya Internacional) und Justina Tzoc (CERJ - Rat der indigenen Gemeinschaften "Runujel Junam")



Fr. 4. 11. Kampf der indigenen Völker

16 - 20 Uhr

Lateinamerika-Institut
Rüdesheimer Str. 54-56
U-Bhf. Breitenbachplatz

Seminar mit den ReferentInnen des Vortages. ausführliche Darstellung und Diskussion der Rolle und des Selbstverständnisses der indigenen Völker Guatemalas.

Di. 8. 11. Möglichkeiten der Hilfe

19.30 Uhr

Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

Guatemala zwischen Armut, Unterdrückung und Hoffnung - Möglichkeiten der praktischen Hilfe. Dias von terre des hommes-Projekten und Diskussion.

Mi. 9. 11. Konzert

19.30 Uhr

Gemeindesaal Hl.-Kreuz
Nostitzstr. 6/7
U-Bhf. Gneisenaustr.

Konzert des guatemaltekischen Liedermachers César Dávila.

Do. 10. 11. "Al Norte"

19.30 Uhr

Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

Spielfilm (span./engl.), der die Flucht einer guatemaltekischen campesino-Familie und ihre Schwierigkeiten in den USA schildert.

IV.

Ich will von Dir
nur ein Lächeln,
meine Dunkelhäutige,
weil es bitter ist
für einen Sohn
nicht zu wissen, wie
seine Mutter
lächelt, wenn er sie die ganze Zeit
in Tränen sieht.

Wirst Du, mein Land,
eines Tages
von so vielen, wirklich
lachen für mich?

Ich weiß es,
meine Dunkelhäutige.

Und allein für diese Sekunde
lohnt es sich
gekämpft zu haben
ein Leben lang
gegen so viel Elend
und so viel, so viel Tod.

Otto René Castillo
(Dichter und Guerillero, wurde 1967 vom Militär ermordet)

Unterschiede

In einem Kommentar über die "samtene Revolution" in der Tschechoslowakei kam der guatemaltekische Journalist Julio Godoy - er hatte sein Land 1988 verlassen müssen, als seine erst kurz vorher wiedereröffnete Zeitung von Staatsterroristen in die Luft gesprengt worden war - zu der Schlußfolgerung, daß die Osteuropäer in gewisser Weise glücklicher dran seien als die Zentralamerikaner. "Während die von Moskau eingesetzte Regierung in Prag die Reformer mißhandelte und erniedrigte, brachte die von Washington eingerichtete guatemaltekische Regierung solche Leute einfach um. Sie tut es heute noch, in einem echten Völkermord, der mehr als 150 000 Opfern das Leben gekostet hat. Dies wird von amnesty international als "Regierungsprogramm des politischen Mordes" bezeichnet."

Julio Godoy

Im Würgegriff

Guatemala hatte schon lange unter einer Kultur der Angst leiden müssen, die von der Armee und der Oligarchie errichtet worden war. Die Macht der Kultur der Angst wurde schließlich im Jahre 1944 gebrochen, als die Diktatur gestürzt wurde und das Land in ein Jahrzehnt von Demokratie und sozialem Fortschritt eintrat. Ein neuer Wind wehte durch die ländlichen Regionen Guatemalas. Die große Masse der guatemaltekischen Bevölkerung fühlte, wie die Kultur der Angst ihren Würgegriff langsam lockerte. In einer nicht allzu weit entfernten Zukunft würde sie einfach verschwunden sein, nichts weiter als ein bloßer Alptraum.

Im Rahmen der von Präsident Jacobo Arbenz durchgeführten Agrarreform erhielt eine halbe Million Menschen das so dringend benötigte Land, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurde den Indianern Land gegeben, anstatt es ihnen wegzunehmen.

Das Erwachen aus dem Alptraum in Guatemala rief eine andere Kultur der Angst in Washington wach. 1949 berichtete die CIA über "zwei Herde von Instabilität" in Lateinamerika: Bolivien und Guatemala. Beide seien durch Regimes bedroht, die ein Interesse an der überwältigenden Mehrheit ihrer jeweiligen Völker zeigten. In einem Bericht aus dem Jahr 1952 malte die CIA das Bild von der Instabilität in Guatemala weiter aus, indem sie davor warnte, daß die "radikale und nationalistische Politik der Regierung die Unterstützung oder Duldung beinahe aller Guatemalteken" gewonnen hätte.

Noch bedrohlicher war die Gefahr, daß die "Instabilität" Guatemalas andere Länder "destabilisieren" könnte, die von den Ergebnissen der demokratischen Reformen hätten beeindruckt sein können. Guatemala hätte das werden können, was die US-Planer als einen "verfaulten Apfel" bezeichnen, der "die gesamte Kiste verfaulen läßt", ein Virus, der andere ansteckt, ein Dominostein, der alle anderen umwirft. Während Guatemalas Aggression als bewiesen galt, hatte Washington eine ausreichende Rechtfertigung dafür, eine Blockade zu verhängen, um den Kontinent von dieser Scheußlichkeit zu befreien. Die Zerstörung wurde mit dem von den USA gesteuerten Überfall und Putsch im Juni 1954 vollendet.

Die US-Intervention hatte verheerende Folgen. An die 8000 Bauern wurden in einer zweimonatigen Welle des Terrors ermordet, die sich gegen Gewerkschaftsaktivisten in den Betrieben der United Fruit Company und gegen führende Köpfe der indianischen Dorfgemeinschaften richtete. Die US-Botschaft beteiligte sich daran mit großem Eifer, indem sie Listen sogenannter "Kommunisten" lieferte, die eliminiert oder inhaftiert und gefoltert wurden, während Washington sich hingebungsvoll daran machte, Guatemala zu einem "Schaufenster der Demokratie" zu machen.

Die Arbenzschen Reformen wurden vollständig rückgängig gemacht und das demokratische System wurde zerstört. Davon erholte es sich nie wieder, wenn man die bloße Form außer acht läßt. Der Alptraum war zurückgekehrt, und er war schlimmer als je zuvor.

Noam Chomsky

Für weitere Informationen, Kritik und Mitarbeit stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

- **Guatemala-Solidarität Berlin**
  wöchentliche Treffen im
  LAZ, Crellestr. 22
  10827 Berlin
  Tel.: 622 28 45
  (Max Schumacher)

- **Lateinamerika-AG**
  von terre des hommes
  Treffen: jeden 2. u. 4. Dienstag d.M. in der
  Galerie Olga Benario
  Weserstr. 5
  12047 Berlin
  T.: 6638239 (E. Kammer)
  8025534 (S. Kubala)

- **Infostelle Guatemala**
  Heerstr. 205
  53111 Bonn
  Tel.: 0228/634552

Spendenkonto:
Kto. 3115 80-508
BLZ 370 100 50
Postbank Köln

Lang, lang ist's her, da trafen sich viele Leute, die etwas gegen den Faschismus in unserem schönen Staate unternemen wollten. Sind sie alle eingeschlafen? Wir hoffen nicht. Also zeigt Euch!

Antifa Party

am

21.10.1994

ab 18.00 Uhr

im

Backdoor

open end

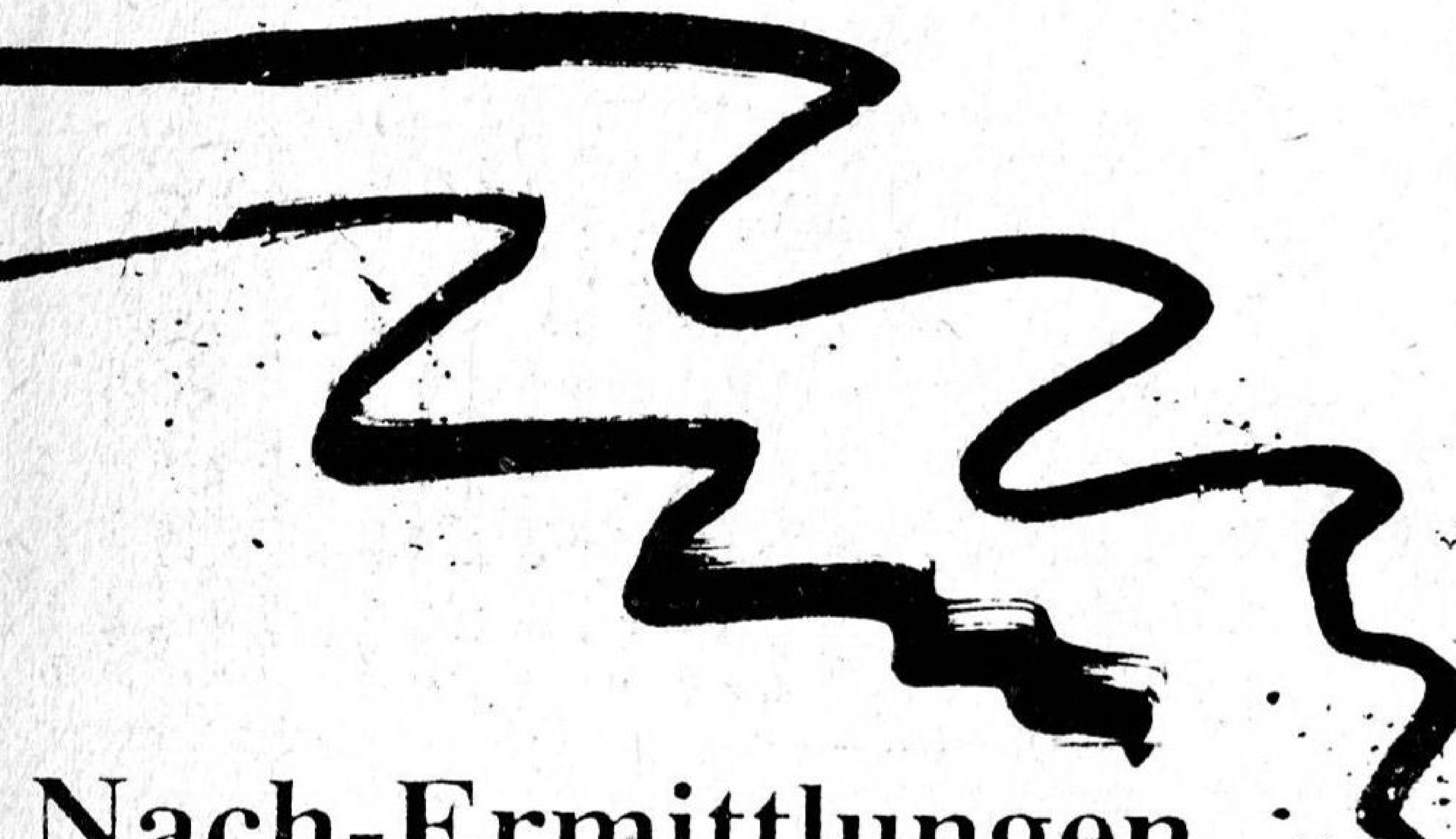
mit

Live Musik?

Eintritt 3 DM

Lagerfeuer, Würstchen vom Grill





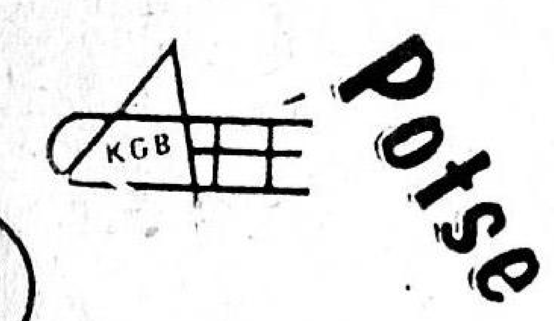
Nach-Ermittlungen

Ein Film über den Einsatz zweier Verdeckter Ermittler in politischen Gruppen in Tübingen.

Schwerpunkte des Films sind die Fragen: Wie konnten sich die Beamten so lange in linken Zusammenhängen unerkannt bewegen? Mit welcher Legende und welchem Auftrag arbeiteten sie? Was haben die Bespitzelten daraus gelernt?



Der Film soll neben der Dokumentation des Einsatzes auch Hilfe sein, sich mit dem Problem Spitzel und Geheimpolizei auseinanderzusetzen und durch die Erfahrungen der Tübinger Leute einen konstruktiven Umgang damit zu finden.



Potse

Freitag 21.10.
20^00 Uhr
Potsdamer Str. 180
U/S: Kleistpark, Yorckstraße, Bülowstraße



ZAUNKÄMPFE - 20 JAHRE ANTI-AKW - BEWEGUNG IN DER BRD - FILME





ZAUNKÄMPFE
BRD 1986
P. Medienwerkstatt Franken
Ostern 1986 beginnt die Polizei mit flachedeckendem CS - Gas Einsatz das Testfeld in Wackers dorf zu installieren.



LIEBER HEUTE AKTIV, ALS MORGEN RADIOAKTIV
BRD 1976, R.: Nina Gladitz
In Wyhl am Kaiserstuhl begann mit Protesten gegen ein geplantes AKW 1974 auch ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte der BRD.

DA HILFT NUR NOCH ABSCHALTEN
BRD 1987, P.: Medienwerkstatt Bremen
Der Film entstand wahrend einer Kampagne norddeutscher AKW -Gegner im Fruhjahr 1987, deren Ziel es war, die Stillegung des Stader Reaktors zu erreichen. Auch ein Stimmungsbild der Anti - AKW - Bewegung nach Tschernobyl.

FASSER OHNE BODEN
BRD 1988, P.: MPZ Hamburg
Das Problem der unmoglichen Entsorgung radioaktiver Abfalle und die Arbeit einer Lubecker Initiative gegen Atomanlagen.

DER GESCHMACK VON FREIHEIT UND CS
BRD 1987, P.: MW Franken
Der Film dokumentiert die zunehmende Harte der Auseinandersetzungen um die WAA in Wackersdorf im Juni 1986.

R E S T R I S I K O ODER: DIE ARROGANZ DER MACHT
BRD 1989, R.: Bertram Verhaag, Claus Strigel
Die 881.000 Menschen, die gegen den bau der WAA schriftlich Einwendungen erhoben haben, sollten in einer Bierhalle des 8000 Seelendorfes Neunburg vorm Wald angehort werden.

S'WESCHPENÄSCHT
Eine Chronik von Wyhl (1974 - 1982)
BRD 1982,P.:Medienwerkstatt Freiburg
Eine Chronik von wirklichen Ereignissen, und gleichzeitig uber weite Strecken ein Traumvon direkter Demokratie, von Selbstbewußtsein und Selbstorganisation, von haltbarem Widerstand, von Erfindungen(Anti - AKW - Platzbesetzungen, Freundschaftshaus, Volkshochschule Whyler Wald, Freies Radio Dreyeckland). Stimmungsbilder vom Hohepunkt der Anti - AKW - Bewegung in der BRD.



GORLEBEN - TRIOLOGIE
DIE HERREN MACHEN DAS SELBER DASS IHNEN DER ARME MANN FEYNDT WIRD
BRD 1977, P.:Wendlandische Filmkoop
Kein Technothriller ,sondern ein engagierter Film,der zeigt,wie einfache ,friedfertige Leute traktiert werden, wie sie auf die Herausforderungen reagierten und mit welchen Problemen sie fertig werden mussen.

GORLEBEN: FREIE REPUBLIK WENDLAND
BRD 1981,P.:Wendlandische Filmkoop
Die Freie Republik Wendland,die es vom 3.Mai bis zum 4.Juni 1980 unweit der Grenze zur DDR gab, war nur 44.000 Quadratmeter groß.Ein unwirtliches, abgebranntes Waldstuck,das auch unter der Bezeichnung Bohrplatz 1004 bekannt wurd.Doch zu Bohrungen kam es in jenen Tagen nicht.

ZWISCHENZEIT
BRD 1985,P.:WendlandischeFilmkoop
Gorleben 1982 - 1985

24.10.	18.00	Zaunkampfe
	19.00	Lieber heute aktiv,als morgen radioaktiv
	20.00	Restrisikooder die Arroganz derMacht
	22.00	Radio Dreyeckland
25.10.	18.00	Da hilft nur noch abschalten
	19.00	Der Geschmack von Freiheit und CS
	20.00	Spaltprozesse - Wackersdorf 001
	22.00	Restrisikooder die Arroganz derMacht
27.10.	19.00	Fasser ohne Boden
	20.30	Spaltprozesse - Wackersdorf 001
	22.00	RadioDreyeckland
28.10.	19.00	Spaltprozesse - Wackersdorf 001
	20.30	Radio Dreyeckland
	21.30	S'Weschpenascht
29.10.	18.00	Die Herren machen das selber....
	20.00	Gorleben: Freie Republik Wendland
	22.00	Zwischenzeit: Gorleben 1982-1985
30.10.	20.00	Das Achte Gebot - Spaltprozesse II
	22.00	Das Achte Gebot - Spaltprozesse II

RADIO DREYECKLAND wir bitten nicht länger um Erlaubnis
BRD 1985, P.: MW Freiburg
Der Film erzahlt die Geschichte von Radio Dreyeckland, eine Geschichte der Widerstands, des Sendens aus der Illegalitat,verfolgt von Post und Polizei als Medium der Anti - AKW - Bewegung.

SPALTPROZESSE - WACKERSDORF 001
BRD 1987,R.:Bertram Verhaag ,Claus Strigel
Spaltprozesse vollziehen sich unter den Menschen in der landlichen Region um die geplante WAA. Einige ehemals staatsglaubige Burger verwandeln sich zu zaghaften Radikalen.

DAS ACHTE GEBOT
BRD1991,R.: Bertram Verhaag. ClausStrigel
Der Versuch einer Gesamtschau auf die Atomgeschichte seit 50 Jahren. Er umfaßt die Zeitspanne von Otto Hahn bis hin zu VEBA -Chef Bennigsen Foerder, vom ersten Versuchsreaktor in Garchin bis zur WAA in Wackersdorf.

STATTKINO BERLIN e.V., Friedrichstr.165, 10117 Berlin , Haus der Demokratie , Tel.: (030) 2010533 (auch bei Kartenvorbestellungen), Fax:(030)2292195 . nichtkommerzielle Filmreihe - keineReklame.



Ausstellung

Rathaus Schöneberg, Ausstellungshalle,
John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin

Bus 104, 146, 185, 204
U-Bahn Bayrischer Platz, Rathaus Schöneberg

Vom 9. Oktober bis 6. November 1994
Di – So 10 – 18 Uhr

Sa nur für Frauen

Gewalt erfährt jedes Mädchen in dieser Gesellschaft: die strukturelle Gewalt der Verhältnisse, die sie in bestimmte Verhaltensweisen drängt und sie von Möglichkeiten ausschließt. Viele sind darüber hinaus körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Die Ausstellung fordert die Besucherin / den Besucher auf, sich auf die Erfahrungen und Erlebniswelten der Mädchen einzulassen, sie nachzufühlen:

- die Gewalt, die Angst, die Einsamkeit, die vergeblichen Hilferufe,
- die Folgen der Gewalterlebnisse,
- aber auch die Möglichkeiten des Ausbruchs, das Wiedergewinnen von Lebensmut, den Zuwachs an Stärke, den die Befreiung aus der Gewaltsituation bedeutet,
- und die offene Zukunft: Träume, Hoffnungen, Wünsche, Utopien.

Die Idee zur Ausstellung wurde im Mädchenhaus Berlin entwickelt und in Zusammenarbeit mit mehreren Künstlerinnen umgesetzt.
Realisiert wird das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Frauen und dem Kunstamt Schöneberg.

Schulklassen und Gruppen können sich anmelden und eine Begleitung durch die Ausstellung vereinbaren.

Informationen und Anmeldung: Amt für Frauen, Tel. 783 8723 / 2032.

Do, 20. 10. 1994, 15.00 – 18.00 Uhr

Jungenarbeit – die notwendige Ergänzung zur Arbeit mit Mädchen
Ein Workshop für Männer in der schulischen und außerschulischen Arbeit

In Zusammenarbeit mit der Jugendförderung Schöneberg

Jungenarbeit – das ist der Bruder von Schwester Mädchenarbeit. Daß in dieser Arbeit dominantes Verhalten, Raumaneignung und (sexuelle) Übergriffe thematisiert werden, ist klar. Darüber hinaus sollen Jungen soziale Kompetenz erwerben und lernen, sich in sozial adäquater Weise selbst zu behaupten. Wie das Einüben von Geschlechterdemokratie außerschulisch und in der Schule spielerisch in die Praxis umgesetzt werden kann, ist Thema dieses Workshops.

Leitung: *Christian Spoden* (Sozialpädagoge und Supervisor, Mitarbeiter bei „mannege" – Information und Beratung für Männer, arbeitet seit Jahren mit Jungen, Durchführung von Fortbildungen und Publikationen zum Thema)

Anmeldung im Amt für Frauen

Fr, 21. 10. 1994, 20.15 Uhr, So, 23. 10. 1994, 20.15 Uhr, Fr, 28. 10. 1994, 20.15 Uhr
Stallhaus Böcklerpark, Prinzenstraße 1 in Berlin-Kreuzberg

Präsentation der Ergebnisse eines

Theaterworkshops für Mädchen

Präsentiert wird eine Collage aus Texten und Szenen, die derzeit mit Mädchen und jungen Frauen in einem Theaterworkshop erarbeitet wird.
Der Workshop ermöglicht Mädchen und jungen Frauen verschiedener Nationalität und unterschiedlicher Sozialisation, sich zu begegnen und auszutauschen. Indem sie in verschiedene Rollen schlüpfen, Erfahrungen mit Atem, Stimme und Bewegung machen, in Improvisationen ihre unterschiedlichen individuellen Erfahrungen mit Gewalt ausdrücken können, Wünsche und Träume mit Mitteln des Theaters Gestalt annehmen lassen, werden sie in der Suche nach ihrer weiblichen Identität unterstützt und ihr Selbstbewußtsein gestärkt.

Do, 27. 10. 1994, 19.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 1114

Migrierte/Schwarze Mädchen und sexueller Mißbrauch

Lange Zeit wurde über Mädchen gesprochen, als ob sie eine homogene Gruppe darstellen würden. In der Realität jedoch müssen die verschiedenen Lebensbedingungen der Mädchen berücksichtigt werden. Andererseits wird (sexuelle) Gewalt gegen migrierte/schwarze Mädchen oft mit „kulturellen Eigenarten" begründet, ja sogar entschuldigt.

Referentinnen: *Nita Prasad* und *Ajoke Sobanjo* Moderation: *Caterina Lazzarini*

Mo, 31. 10. 1994, 18.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 1114

Situation drogenabhängiger Mädchen und junger Frauen in Berlin
Erfahrungen aus Jugendhilfe und Drogenhilfe

Drogenkonsum ist häufig eine Folge von Gewalterlebnissen in der Kindheit. Drogenabhängige Mädchen und junge Frauen fallen durch das vorhandene Netz von Jugendhilfe und Drogenhilfe. Welche Unterstützung brauchen sie und wer fühlt sich für sie zuständig?

Moderation: *Christine Pirot*

Mo, 31. 10. 1994, 20.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 0170

Gibt es einen Mißbrauch mit dem Mißbrauch?

In letzter Zeit gab es massive Angriffe auf die Arbeit von Spezialberatungsstellen wie Wildwasser in Berlin oder Zartbitter in Westdeutschland. In einer regelrechten „Gegenbewegung" werden das Ausmaß des Problems „sexueller Mißbrauch" bezweifelt, neue Sexualfeindlichkeit unterstellt, die Qualifikation von Mitarbeiterinnen der Frauenprojekte bestritten, ihnen unterstellt, Kinder durch suggestive Fragen zu Falschaussagen zu bewegen usw. Wir wollen uns mit den Argumenten dieser Gegenbewegung sachlich auseinandersetzen.

Referent/inn/en: *Dr. Jörg Fegert* (Oberarzt an der Abt. für Psychiatrie und Neurologie des Kinder- und Jugendalters der FU Berlin)
Dagmar Ohl (Dipl. Pädagogin, Mitbegründerin des 2. Frauenhauses, Mitarbeit an der Modellstudie zum Projekt „Wildwasser", Kommission Berlin gegen Gewalt)

Mi, 2. 11. 1994, 19.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 139, nur für Frauen

Eine (Videofilm)

von Aelrun Goette

Ein 17jähriges Mädchen setzt sich im Gefängnis mit ihrer Vergangenheit auseinander. Beteiligte des Films werden anwesend sein.

und

Einbrüche, Ausbrüche, Aufbrüche (Lesung)

Zwei ehemalige Mädchenhausbewohnerinnen lesen Auszüge aus Tagebüchern.
Im Anschluß besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Do, 3. 11. 1994, 19.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 1114

Gewalt gegen Mädchen an der Schule

Mädchen sehen sich immer noch vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt. Selbst Belästigungen und Übergriffe sind an der Tagesordnung. Diese Erfahrungen wirken sich auf das Selbstwertgefühl und oft auch auf die weitere Lebensplanung der Mädchen aus.
Wir wollen untersuchen, in welchen Formen Mädchen an der Schule Gewalt erleben und worauf es im Unterricht ankommt, um Mädchen zu stärken und Jungen für eigenes Gewaltverhalten zu sensibilisieren.

Referentin: *Ursula Rieger* (Lehrerin, von 84 – 89 Herausgeberin der Zeitschrift „Frauen und Schule", Moderatorin am Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, Koordinatorin des Pilotprojekts „Konfliktbewältigung für Mädchen und Jungen")

Fr, 4. 11. 1994, 19.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 0170

Vier Jahre Mädchenhaus Berlin – Eine Bilanz

Mitarbeiterinnen des Mädchenhauses reflektieren ihre Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen in einer Kriseneinrichtung für Mädchen.

front•art
Kollwitzstraße 64
(Seitenflügel)
D-10435 Berlin
Tel 030 4411828

k.u.l.t.u.r

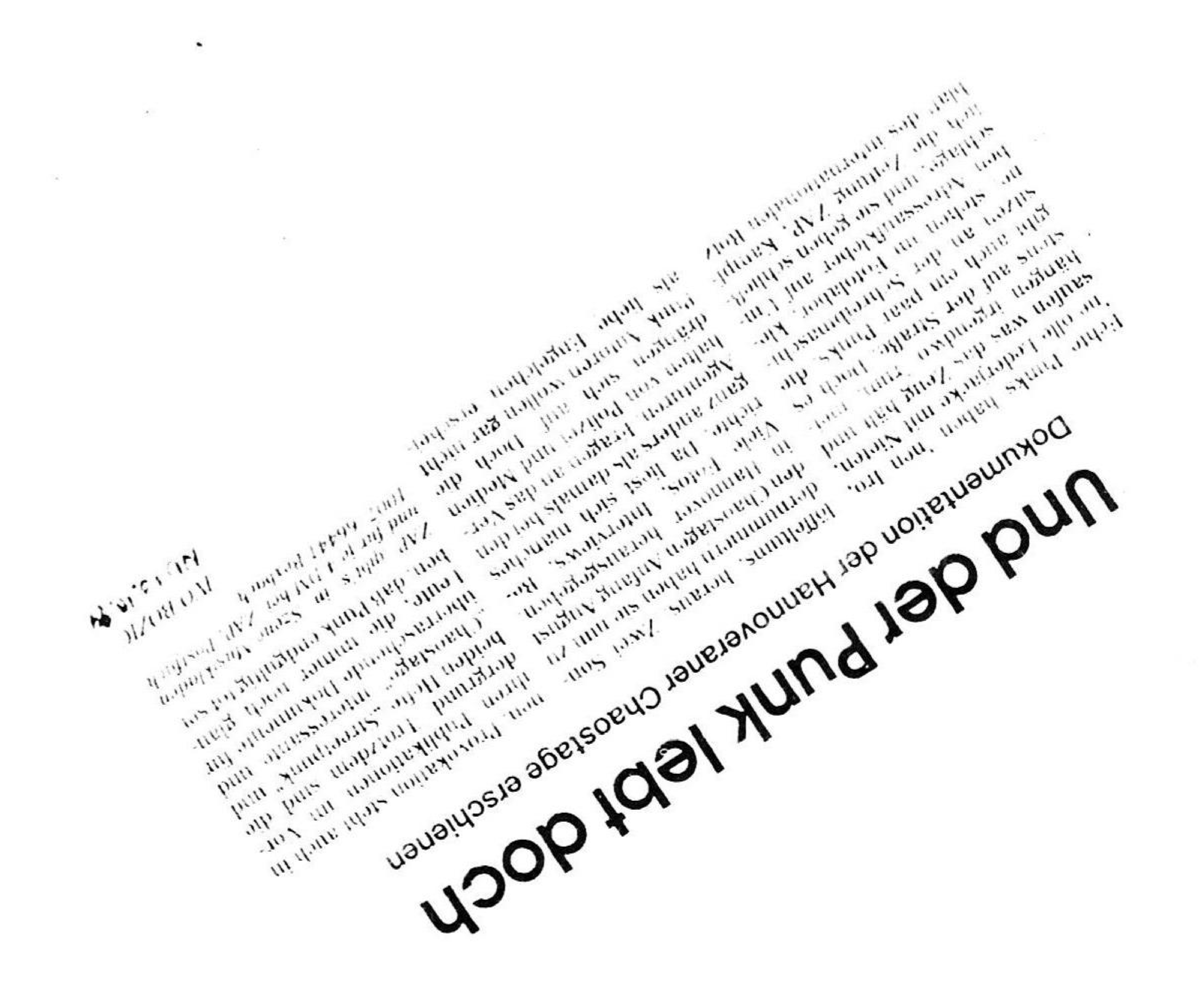
Vom 22.Oktober bis zum 11.November 1994 ist in den Räumen von front•art die Installation **memoria** von **Jürgen Schneider** zu sehen. Die Ausstellung wird am Freitag, 21.Oktober 1994 um 21 Uhr eröffnet. Öffnungszeiten der Galerie: Donnerstag und Samstag 15-18 Uhr, Freitag 18-21 Uhr.

Zur Installation:

Im Juni letzten Jahres ist Wolfgang Grams, von den Fahndungsbehörden der Roten Armee Fraktion zugeordnet, in Bad Kleinen unter bislang nicht gesichert geklärten, vielmehr vielfältig verschleierten Umständen zu Tode gekommen. Die Staatsanwaltschat Schwerin will den Fall trotz Beschwerde der Eltern von Grams nicht wieder aufrollen, obwohl der Rechtsmediziner Bronte in einem Gutachten feststellte, daß Grams die Waffe vor dem Todesschuß entwunden wurde.

Die Ereignisse von Bad Kleinen sind für Jürgen Schneider der Ausgangspunkt für die Installation **memoria**. Mit minimalen Mitteln (darunter bislang nie gezeigtes Filmmaterial, das in den 70er Jahren in Zusammenarbeit mit Wolfgang Grams entstand) wird ein Szenarium geschaffen, mit dem auf historische Zusammenhänge verwiesen wird, die über das unmittelbare Ereignis Bad Kleinen hinausgehen. Ein solches künstlerisches Vorgehen zielt auf keine Aufputzung des Kontinuums der Geschichte, sondern auf dessen Erkenntnis.

Im Rahmen der Ausstellung wird am 28.10.1994 um 21 Uhr das soeben von der Edition ID-Archiv publizierte Buch *Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams* vorgestellt.



Und der Punk lebt doch

Dokumentation der Hannoveraner Chaostage erschienen

An das Proletariat Berlins!
Durchgangsverkehr

Die Kohlennot ist groß
Spart Gas und Fahrkartenpreise! (Übergangsverkehr.)
Fundsachen werden ersucht, die Bekanntmachung an der
Leine zu führen
Hunde sind an den Bahnhofsbeamten zu versteuern
Schalterverwaltung im Krankenhaus (Nichtraucher
unverwüstlich.)
Dieser Platz ist für die ungehinderten Hunde abzugeben
Jeder Handel ist Unbefugten Zahnpasta (auch der
Schleichhandel.)
Juwelen sind untersagt und an der Weiterfahrt
ausgeschlossen.
Ungeschützte Hutnadeln müssen in den Mittelgang treten
Nicht in den fahrenden Genossen springen (wenn der Zug
hält.)
Nicht öffnen, bevor der Zug fährt (zur Pflege der Zähne.)
Das ist der Kardinalfehler unserer Politik.

KURT SCHWITTERS 1921/22

liebe leute!
ostern 95 wird aller vorausicht nach in
berlin der sog. autonomiekongress der
"linksradikalen undogmatischen bewegungen" stattfinden.

überlegt euch ob ihr euch mit beiträgen und ideen zur kultur an
der vorbereitung beteiligen wollt und kommt am MONTAG den 31.
OKTOBER um 20 uhr
in den BLAUEN SALON (mehringhof, gneisenaustr.2a)

bis dann !